Mittwoch, 7. November 1923. **Einzelnummer 8000 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 253.

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 105 000 in den Ausgabestellen 107 000 durch Zeitungsboten 108 000 am Postamt inkl. Postgebühren ... 115 800 ins Ausland 150 000 poln. M. in deutscher Währ. nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 3000.— M. Reklameteil 8000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 3000.— p. M., Reklameteil 8000.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Weitergeltung von Privatrechten nach einem Wechsel der Staatshoheit.

In seinem Rechtsgutachten über die Behandlung der deutschen Ansiedler in Polen, insbesondere über die rechtliche Lage der Ansiedler, die ihre Stellen auf Grund von Rentengutsverträgen inne hatten, tritt der Haager Schiedsgerichtshof unter anderem der polnischen Auffassung entgegen, der polnische Staat brauchte Verpflichtungen der früheren preußischen Regierung nicht zu erfüllen, deren Erfüllung der Friedensvertrag nicht ausdrücklich von ihm verlange. Das Haager Tribunal führt aus:

„Der Gerichtshof ist der Ansicht, daß für die Erhaltung der hier in Frage stehenden Rechte und Verpflichtungen keine Vertragsbestimmung erforderlich ist. Nach Ansicht des Gerichtshofes kann deshalb aus dem Schweigen des Friedensvertrages nicht ein Schluß gezogen werden, der zu dem Ergebnis der vorstehenden Feststellungen im Widerspruch steht. Andererseits jedoch wird die Stellungnahme des Gerichtshofes in bezug auf den Schutz der hier in Frage stehenden Privatrechte offenbar durch die Bestimmungen jenes Vertrages gestützt.

Der Friedensvertrag spricht zwar nicht ausdrücklich und förmlich den Grundsatz aus, daß im Falle eines Wechsels der Staatshoheit Privatrechte anzuerkennen sind, dieser Grundsatz wird jedoch in dem Vertrage klar anerkannt. Nach Art. 75 bleiben Verträge zwischen Elsaß-Lothringen und den früheren deutschen Behörden grundsätzlich in Kraft, und wenn sie von Frankreich im allgemeinen Interesse aufgehoben werden, so muß unter gewissen Bedingungen eine angemessene Entschädigung gewährt werden. **Wenn diese Regel in Elsaß-Lothringen gilt, das nach Art. 51 des Vertrages vom 11. November 1918 ab wieder unter die französische Souveränität zurückfiel, so wäre es kaum zu verstehen, daß es die Absicht des Vertrages gewesen sein könnte, in bezug auf ähnliche Rechte in Gebieten, deren Staatshoheit nur durch Abtretung erworben wurde, willkürliche Vollmachten zu verleihen.** Ferner wird in § 2 der Anlage zu Abschnitt V (Verträge, Verjährung, Urteile) von Teil X bestimmt, daß folgende Verträge zwischen früheren Feinden in Kraft bleiben:

a) Verträge zum Zwecke der Übertragung von Eigentum, Gütern oder von beweglichen und unbeweglichen Werten, wenn das Eigentum übertragen oder der Gegenstand ausgehändigt worden ist, bevor die Parteien Feinde wurden;

b) Pachtverträge, Mietsverträge und Mietsversprechen (über Liegenschaften und Häuser);

c) Verträge über Hypotheken, Verpfändungen und Sicherstellungen;

d) Konzessionen, die Bergwerke und Gruben, Steinbrüche oder Lagerstätten betreffen;

e) Verträge zwischen Privaten einerseits und Staaten, Provinzen, Gemeinden oder anderen ähnlichen Verwaltungskörperschaften andererseits sowie Konzessionen, die von derartigen Staaten, Provinzen, Gemeinden oder anderen ähnlichen Verwaltungskörperschaften verliehen worden sind.

Wenn solche Verträge sogar zwischen Feinden in Kraft bleiben, so **scheint es unmöglich, daß der Vertrag die Annullierung von Verträgen zwischen einem Staat und seinen neu erworbenen Staatsangehörigen beabsichtigt haben sollte.**"

Zwei besondere Einwände der polnischen Regierung weist der Haager Schiedsgerichtshof ausdrücklich zurück.

Erstens: **„Der politische Beweggrund, der ursprünglich mit den Rentengutsverträgen verbunden war, beraubt sie in keiner Weise ihres Charakters als privatrechtliche Verträge,** und die wenigen Bestimmungen mit ausgesprochenem politischen Charakter, die sie enthalten, **können unwirksam werden,** ohne im geringsten die normale Ausführung ihrer **wesentlichen** Bestimmungen zu beeinträchtigen."

Zweitens: **„Die Annullierung der Verträge kann in keiner Weise mit der Entwertung begründet werden,** die seit ihrem Abschluß die Währung erfahren hat, in der die vereinbarte Rente zu zahlen ist. Es ist nicht Sache des Gerichtshofes zu prüfen, ob und in welcher Weise das Mißverhältnis zwischen dem Wert der Stellen und der Entwertung der Rente beseitigt werden kann. Ein ähnliches Mißverhältnis ist in zahlreichen mehr oder weniger ähnlichen Fällen eingetreten, **und es wäre mit dem Grundsatz der Gleichheit unverträglich, wenn man nur im Falle der Rentengutsverträge zulassen wollte, daß dieses Mißverhältnis den Vertrag ungültig mache."**

Um die deutsche Schule in der Wojewodschaft Schlesien.

Der „Kattowitzer Ztg." wird aus Warschau gemeldet:

Die Senatoren Szczeponik und Meyer haben am letzten Sonnabend in Warschau den neuen Vize-Ministerpräsidenten, Herrn Korfanty, besucht. Die Aussprache betraf verschiedene Angelegenheiten. Sie bezog sich vor allem auf die Verhältnisse auf dem Gebiete des deutschen Schulwesens, die eine rasche und entschiedene Lösung fordern. Die Sache ist durch die Antwort des Wojewoden auf die Schulresolution des deutschen Klubs und die Bestimmungen darüber in der letzten Sitzung des schlesischen Sejms auf dem toten Punkt angelangt.

In dieser Richtung wurde für notwendig erklärt:

1. Eine nochmalige Prüfung der Anträge auf Errichtung von deutschen Minderheitsschulen aller Art, die dem Recht sowie dem Wortlaut und dem Sinne des Genfer Vertrages entspricht.

2. Beibehaltung des Unterrichtes in der Form, wie er vor Beginn der Sommerferien erteilt wurde, bis zur endgültigen Erledigung der Angelegenheit im Sinne des Genfer Vertrages.

3. Aufhören des Terrors aller Art gegen Eltern, die solche Anträge gestellt haben.

4. Keine Entlassung deutscher Lehrkräfte ohne Kündigung und ohne eine Anzahlung des Gehaltes.

5. Aufhören der Hetze gegen die deutsche Minderheit durch private Organisationen.

Herr Korfanty versprach, sich für die Regelung dieser Angelegenheit im Geiste des Rechts und des Genfer Vertrages einzusetzen.

Kommt es zum Generalstreik?

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Es gibt kaum etwas Törichteres und Schädlicheres, als den Generalstreik, der am Sonnabend von dem Zentralvollzugsausschuß der Sozialisten und der Gewerkschaften angekündigt wurde. Schädlich, weil er gerade in dem Augenblick erfolgt, in dem der Finanzminister Kucharski sich ehrliche Mühe gibt, mit den Finanzen des Staates in Ordnung zu kommen. Man mag die Richtigkeit der von ihm gegebenen Ziffern akademisch nennen und ihre praktische Bedeutung anzweifeln. Man hat das Recht, sich darüber aufzuhalten, daß der Hauptteil der Ersparnisse auf Kosten der sozialen Fürsorge, des Unterrichtes und der Wohltätigkeitsinstitute gemacht werden. Man darf darüber den Kopf schütteln, wenn Kucharski sich sogar einen Überschuß, statt ein Defizit herausrechnet. Nur eines kann man nicht ableugnen: daß es dem Minister wirklich ernst ist mit seinen energischen Bestrebungen, endlich eine Sanierung der Finanzen in die Wege zu leiten, und daß in gewissem Sinne, wenn auch nicht in dem vom Minister angegebenen Umfange die Sanierung wirklich angebahnt wird. In diesem Augenblicke der Anstrengung soll der Generalstreik kommen, und dazu noch zu einer Zeit, in der mit der größten Unruhe die Entwicklung in Deutschland verfolgt wird und die Pläne, die diese Entwicklung in Sowjetrußland hervorruft. Denn daß die Trotzkische Rede, in der er Polen vor die Alternative stellt, eine Schranke oder eine Brücke für Rußland zu sein, bei weitem mehr eine Droh- als eine Friedensrede war, das stellt sich nach Kenntnisnahme des Wortlautes dieser Auslassungen immer deutlicher heraus. Und die vorangegangene Drohrede Sinowjews auf dem Kongreß der russischen Kommissare in Moskau, in der er klipp und klar den Krieg mit Polen für eine Notwendigkeit erklärte, bildet den gefährlichen Hintergrund für die Worte Trotzkis, wenn auch Sinowjew mit 5 gegen 7 Stimmen mit seinen extremen Anschauungen in der Minderheit geblieben ist.

Ist aber der Generalstreik im jetzigen Augenblick, falls er wirklich Bedeutung annehmen sollte, woran wir zweifeln, schon eine Gefahr, so ist er noch mehr eine Dummheit. Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Generalstreik ein viel zu wuchtig-schweres Mittel ist, als daß es in gewöhnlichen Fällen gehandhabt werden könnte. Bei einem Generalstreik ist es nötig, daß breite Massen in tiefster Erregung zu diesem gewaltigen Schritte sich bewegen lassen. „Aber welches sind gegenwärtig die peitschenden Argumente? Zurückweisung der Militarisierung der Lokomotivführer und des in Krakau lokal verhängten Standrechtes. Was merken die Warschauer vom Krakauer Standrecht und was die Metallarbeiter von der Militarisierung der Lokomotivführer? Welche inneren Triebgründe haben sie, um sich, einem inneren Zwange folgend, dem Streike hinzugeben? Kaum irgendwelche! Man kann den sogenannten Generalstreik von vornherein prophezeien, daß er als solcher mit einer großen Blamage enden und das Ansehen der Organisationen, die ihn verhängt haben, schwächen wird. Schon aus diesen Gründen halten wir ihn für eine Dummheit. Aber noch aus anderen. Darüber besteht keine Frage, daß der Streik von dem bisherigen wirtschaftlichen Gebiet auf das politische hinübergespielt wird. Es scheint, als rechne man gar nicht damit, den Streik auf den verschiedensten Gebieten allgemein zu machen, sondern als sei man gesonnen, lediglich eine Verwirrung hervorzurufen, die — den Sturz der jetzigen ganz und gar nach rechts gerichteten Regierung zur Folge habe. Wir sind ebenfalls keine Freunde einer nationalistischen Regierung, von der die Minderheiten nur wenig Gutes zu erwarten haben. Aber was würde passieren, wenn die Regierung zum Rücktritt gezwungen und die Linke mit den Sozialisten an einflußreicher Stelle genötigt wäre, nun ihrerseits die Staatsgeschäfte in die Hand zu nehmen? Das wäre sicher nicht zum Vorteil der Linken selbst. Es geschähe das dann gerade in dem Augenblicke der durch den Generalstreik oder das, was man so nennt, geschaffenen höchsten Verwirrung der Lage. Außerdem müßte die neue Regierung der Linken die außergewöhnlich hohen Zulagen gewähren, um die die zahlreichen Streiks der letzten Tage alle gingen, und deren Bewilligung im geforderten Umfang ein Defizit von solcher Größe mit sich brächten, daß alle Sanierungsversuche des Staatsschatzes vergebens wären und außerdem, infolge der erhöhten Inanspruchnahme der Notenpresse, eine erneute Inflation, mit der sich daraus ergebenden weiteren Entwertung der polnischen Mark und des Fortgangs des rasenden Anwachsens der Preise. Dann aber hätten wir innerhalb weniger Wochen eine neue noch gefährlichere Streikwelle, und der bereits geschilderte Circulus vitiosus wäre da. Wir fürchten sogar, daß er auch ohne Generalstreik unausbleiblich ist. Aber mit dem Streik und allem, was drum und dran hängt, werden die verhängnisvollen Wirkungen noch einschneidender.

Anläßlich des drohenden Streiks hat die Regierung in den letzten Tagen bis spät in die Nacht Ministerratssitzungen abgehalten. Korfanty hatte sich die größte Mühe gegeben, durch Verhandlungen mit den sozialistischen Führern die Situation zu retten. Er hat die Unterhandlungen abgebrochen, als der Generalstreik ausgesprochen wurde. Aber es verlautete, er werde trotzdem erneute Versuche machen, einen Widerruf der Streikparole zu erlangen. Der Vollzugsausschuß der Eisenbahner hat bereits ein Manifest gegen den Streik erlassen. Es heißt darin, daß mit dem Generalstreik die schwere Lage des Landes und seiner Arbeiter benutzt werde, um Anarchie hervorzurufen und alles in hoffnungsloser Armut und Anarchie zu begraben. Also schon eine wichtige Zentrale, die vom Streik nichts wissen will, was aber, wie man bereits gesehen hat, wilde und weitverbreitete Lokalstreiks nicht verhindert. Ein wichtiges Moment aber bleibt dieser Aufruf zur Beurteilung des kommenden doch. Die Regierung hat einstweilen die Veröffentlichung und die Verbreitung des Streikaufrufes verboten und das sozialistische Blatt „Robotnik", das ihn im Fettdruck brachte, beschlagnahmt. Mit dieser letzteren Maßregel hat die Regierung wenig Glück gehabt, denn der „Robotnik" veröffentlichte am Tage darauf den Aufruf mit noch fetteren Lettern, diesmal in der Form einer Interpellation der sozialistischen Partei wegen der Beschlagnahme des Blattes! Mit ihrem Vorgehen gegen die Presse hat die Regierung in der letzten Zeit wahrhaftig wenig Glück. Der Kommandant von Warschau verbietet inzwischen alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel. Auch wurde für alle Fälle die Verabreichung von alkoholischen Getränken in Wirtschaften usw. verboten. Positiverweise hat die Regierung nun in aller Eile die neuen Lohnsätze für die Maschinisten bekannt gegeben. Sie betragen im September als Stundengebühr für die Lokomotivführer 10 800 Polenmark und für Oktober 17 460, stellen also eine Erhöhung von 30 bzw. 62 Prozent dar. Die bürgerlichen Parteien melden sich bereits zur Abwehr. Der Vollzugsausschuß der Technischen Nothilfe fordert arbeitswillige Bürger auf, sich auf dem Bureau des Verbandes zu melden. Die Vereinigung polnischer Genossenschaften fordert das Volk auf, sich der Regierung anzuschließen, und die Legionen zum Schutz der Verfassung sagen in einem Aufruf: Gerade jetzt beginnt ein Kampf auf Leben und Tod um die Aufrechterhaltung der Ordnung, wo es sich um die Sanierung der Finanzen handelt. Die Regierung aber läßt bekannt machen, daß sie **willens** und **auch** imstande sei, die Arbeitswilligen zu schützen.

Die Streiklage und die Verhandlungen.

Ergebnislosigkeit der Verhandlungen der Regierung mit den Sozialisten.

Aus Warschau wird gemeldet: Die Verhandlungen der Regierung mit Vertretern der Sozialisten, die auf Betreiben des Sejmmarschalls Rataj aufgenommen wurden, haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Vertreter der Regierung erklärten mit aller Entschiedenheit, daß die Verhandlungen erst dann wieder aufgenommen werden könnten, wenn die Sozialisten den Generalstreik abberufen haben würden. Am Montag nach 10 Uhr abends begannen Beratungen des Zentralvollzugsausschusses der Sozialisten. Um 11 Uhr wurden Bekanntmachungen über die Einführung des Ausnahmezustandes in Warschau angeschlagen. Umzüge und Demonstrationen sowie der Verkauf von alkoholischen Getränken in den Arbeitervierteln sind verboten. Die Stadt bietet einen normalen Anblick. Außer einem Falle, in dem die öffentliche Ordnung gestört wurde, sind keine Zwischenfälle notiert worden.

Der Teilausstand der Eisenbahner dauert fort.

Es wird gemeldet, daß in der Krakauer Direktion alle Personenzüge verkehren. Ferner sind Sonderzüge für den Transport von Salz aus Wieliczka in Betrieb gesetzt worden. Im Bereich der Kattowitzer Eisenbahndirektion sollen sich viele wegen des Ausstandes entlassene Maschinisten und Heizer an die Eisenbahnbehörden mit der Bitte gewandt haben, sie von neuem in den Dienst einzustellen. Die Eisenbahnbehörden haben, wie verlautet, diesen Bitten vorübergehend Genüge getan. In der Warschauer Direktion wird der Güterverkehr im bisherigen Umfang aufrecht erhalten. Fernzüge kursieren täglich.

Die Streiklage in Galizien.

Die Streiklage in den Städten Kleinpolens ist folgende: In Lemberg arbeiten die städtischen Institutionen normal. In den Privatfabriken wird zum Teil gestreikt. Es streiken ein Teil der Bauarbeiter, der Ofensetzer und der Bäckereiangestellten. Die Kellner sind alle in den Ausstand getreten. Die Straßenbahnen verkehren. Auf den Eisenbahnen streikt ein Teil der Maschinisten. Die „Gazeta Lwowska" ist infolge teilweisen Setzerstreiks nicht erschienen. In Krakau ist die Arbeit in den Institutionen der öffentlichen Nutzbarkeit von Hilfsmannschaften übernommen worden. In den Salinen von Wieliczka und Bochnia wird normal gearbeitet. Ein Teil der Privatunternehmen befindet sich im Ausstand. In Borysław und Drohobycz wird teilweise gestreikt. In den Gruben, die vom Streik erfaßt sind, wird die Notarbeit aufrecht erhalten.

Zur Finanzlage Polens.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Jetzt, da der Streik wieder neue Unruhe über Polen zu bringen droht, ist es angebracht, kurz zu untersuchen, ob der Finanzminister imstande wäre, die für einige Tage eingetretene Stabilisierung der Mark noch weiter festzuhalten. Selbstverständlich hängt dies in erster Linie davon ab, wie seine Darlegungen über das Budget von 1924 aufgefaßt werden. Nun wird bekannt — es scheint, daß die Nachrichten von Herrn Kucharski selbst ausgehen —, daß der englische Sachverständige Hilton Young der englischen Regierung bereits ein umfangreiches Memorandum geschickt hat. In dieser Abhandlung über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Polens soll er sich recht günstig geäußert haben. Vor allen Dingen soll er die Zulässigkeit einer fremden Anleihe für Polen nachgewiesen haben, was uns nicht unwahrscheinlich dünkt, denn auch wir sind auf Grund des Studiums des statistischen Materials zu der Überzeugung gekommen, daß die augenblicklich so schwer auftretende Krisis wohl noch für absehbare Zeit schwere und sich noch verschlimmernde Störungen des polnischen Finanzwesens mit sich bringen wird, daß aber die endgültige Sanierung des gesamten Wirtschaftswesens bei der Produktivität des Bodens Polens und seinen natürlichen Reichtümern mit der Zeit doch kommen wird. Außerdem hat Polen keine derart namhaften auswärtigen Schulden, daß es von dieser Seite her besonders beschwert wäre. **Aus dem Bericht Hilton Youngs wird nun endlich bekannt,** daß der Minister mit der vom „Robotnik" hervorgehobenen Absicht, die Zinszahlung für die Auslandsschulden einzustellen, die Erlangung eines Moratoriums meint. Es wäre praktischer gewesen, wenn der Minister das gleich in seiner Budgetrede gesagt hätte. Der Minister erbittet ein einjähriges Moratorium für die 6prozentige, etwa 12 Millionen Dollar betragende englische Anleihe und ferner ein halbjähriges Moratorium für die englischen Privatschulden der polnischen Bürger, wobei der Staat die Garantie übernimmt. Hilton Young wird ersucht, eine gleiche Bitte an die Regierungen der übrigen Länder zu richten, bei denen Polen verschuldet ist. In der ersten Hälfte des Jahres 1923 hat Polen bezahlt: für Amortisierung etwa 2 Millionen holländische Gulden, 1 880 000 Dollar, 4 Milliarden Polenmark sowie 915 250 Dollar für Zinsen, was, zu den damaligen Kursen gerechnet, eine Summe von ungefähr 900 Milliarden Polenmark ausmacht, — also immerhin eine Ersparnis, wenn auch keine ausschlaggebende, besonders nicht, da jetzt schon das Defizit für das letzte Quartal des laufenden Jahres 1923 auf 16 Billionen veranschlagt worden ist und dieses Defizit durch die Lohn- und Gehaltserhöhungen noch zu wachsen droht. Alle diese seit 1919 erscheinenden Defizite sind in der „schwebenden Schuld", d. h. im Notenumlauf, zu finden, weshalb eben jede Vergrößerung des Defizits den Notenumlauf und **somit die Entwertung der Mark steigert. Alles wird davon ab-**

hängen, ob sich das Land in den nächsten Monaten in Ruhe entwickeln kann, allerdings auch davon, ob der Apparat der Steuerbeamten wirklich in der Lage ist, die komplizierten Vermögens-, Boden- und anderen Steuern, die der Minister bereits als feste Einnahmeposten aufführt, auch in der Tat einzuziehen. Es ist kein Geheimnis, daß der junge Staat, dem eigentlich kaum geschulte Steuerbeamte zur Verfügung standen, unmöglich jetzt schon mit der Heranbildung dieses neuen Beamtenpersonals fertig sein kann. Und hierin wird ebenfalls ein großer Hinderungsgrund für die gut gemeinten Vorsätze des Finanzministers liegen. Dagegen ist der Minister wohl in der Lage, noch für längere Zeit die Stützungsaktion für die Polenmark, falls sie nicht allzu schweren Erschütterungen ausgesetzt ist, fortzuführen. Herr Korfanty hat es durchgesetzt, daß die oberschlesische Industrie — auch die Deutschen haben sich angeschlossen — jetzt schon fünfzig Millionen Schweizer Frank als Steuer im voraus entrichtete. Die Hälfte hiervon wird in bar, die andere in Schecks bezahlt. Außerdem wird die Industrie die weiteren Steuern in Kohlen für die Bahnen, die Verwaltung usw. liefern, was für die Regierung günstig, für die Industriellen, die hiermit einen sicheren und festen Abnehmer haben, ebenfalls kein schlechtes Geschäft ist. Ein gleiches will Korfanty bei der Petroleumindustrie erreichen. Diese angeblich bereits abgelieferten 50 Millionen Schweizer Frank geben allerdings der Regierung die Mittel in die Hand für eine Stützungsaktion, aber wenn das Geld aufgebraucht ist, dann wird die Katastrophe um so gefährlicher. Wir erinnern hierbei an die Stützungsaktion im Januar, als die Polenmark zum Entsetzen aller auf — 16 000 für den Dollar sprang! Was ist seitdem aus der Polenmark geworden! Dann verspricht die Landwirtschaft, auf die Anregung des neuen Ministers Chłapowski, von dem Getreideüberschuß, der angeblich 120 000 Waggon beträgt, nicht weniger als 50 000 Waggon für die Ausfuhr zur Verfügung zu stellen. Das würde einen Betrag von etwa 80 Millionen Schweizer Frank ausmachen. Hierbei ist jedoch zu bedenken, daß die Einsammlung und der Versand solch bedeutender Mengen von Getreide doch außerordentliche Schwierigkeiten macht, so daß wohl kaum vor Dezember mit der Ausfuhr begonnen werden könnte. Gegen Ende November beginnt auch die Zuckerkampagne in Polen, die etwa bei einer Ausfuhr im Werte von 180 Millionen Schweizer Frank für die Regierung an abgelieferten fremden Devisen die Summe von 70 Millionen Schweizer Frank ergibt. Auch bei der Stützung der Mark zu Beginn des Jahres 1923 haben die aus der Zuckerkampagne herrührenden Devisen eine große Rolle gespielt, aber man hat auch gesehen, wie gefährlich es war, sich zu verausgaben. Allerdings wird die Regierung, die augenblicklich an die Industrie Dollar in bisher nicht gekannten beliebigen Mengen abgibt, in dieser Aktion durch die gegenwärtigen Streiks in der Textilindustrie auf das lebhafteste unterstützt. Gerade Lodz beansprucht große Mengen von fremden Devisen zum Ankauf von Rohmaterial, und diese Forderungen fallen gegenwärtig so gut wie ganz weg. Freilich ist dies eine zweischneidige Hilfe, und sie könnte auf die Dauer der Industrie die noch bestehenden Märkte verbarrikadieren. Schon jetzt ist die Produktion des polnischen Arbeiters — auch das muß an dieser Stelle einmal erwähnt werden — geringer als die in anderen Ländern. Die Arbeitswoche hat hier nicht 48, sondern 46 Stunden, außerdem genießt der Arbeiter in Polen einen Urlaub von zwei Wochen, und hierzu kommen die in Polen ganz besonders zahlreichen gesetzlichen Feiertage, so daß der polnische Arbeiter im Jahre eine ganz erkleckliche Zahl von Wochen weniger zu arbeiten hat, als die Arbeiter in den meisten anderen Ländern.

Aus der polnischen Presse.

Eine Tatarennachricht.

Die „Rzeczpospolita" hat vor kurzem sich die Mühe genommen, eine vor einiger Zeit bereits durch das Wolffsche Telegraphenbureau dementierte Nachricht darüber aufzuwärmen, daß in Reval und Riga ein angeblich von baltischen Emigranten in Deutschland stammender Aufruf abgedruckt sei, in dem unter Bezugnahme auf eine Konferenz in Königsberg, welche mit Unterstützung der deutschen Regierung stattgefunden haben soll, für politischen Zusammenschluß baltischer Organisationen Stimmung gemacht wird. **Eine solche Konferenz hat in Königsberg niemals stattgefunden**, und schon aus diesem Grunde kann von einer Unterstützung der deutschen Regierung gar keine Rede sein. Die „Rzeczpospolita" scheint einer plumpen Fälschung zum Opfer gefallen zu sein. Der Zweck der Mitteilung war natürlich der, in den baltischen Staaten Mißtrauen gegen Deutschland zu säen.

Gegen die Okazisten

wendet sich der „Polak", das oberschlesische Organ der Nationalen Arbeiterpartei. Das Blatt stellt fest, daß der Okazistenverband zwar scheinbar eine unparteiische Organisation, in Wirklichkeit aber ein ausgesprochen nationaldemokratischer Verband ist, und schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Eine Organisation, **die den Unfrieden sät**, die sich das Monopol des Patriotismus anmaßt, eine Organisation, die die Straße gegen die Behörden mobilisiert, brauchen wir nicht in Schlesien! **Fort mit ihr!** — verlaßt ihre Reihe!"

Der Stand der deutschen Regierungskrise.

Die parlamentarische Situation in Berlin hat sich bisher noch nicht weiter geklärt. Die Entscheidung sowohl der demokratischen Partei wie des Zentrums steht noch aus. Beide Fraktionen haben noch keinen definitiven Beschluß gefaßt, ob sie in dem jetzigen Rumpfkabinett nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie verbleiben werden. Beide Parteien scheinen vom Reichskanzler Stresemann Garantien dafür zu verlangen, daß nicht eine Rechtsschwenkung der Politik vorgenommen wird. Abends empfing der Reichskanzler die Führer der demokratischen Partei, um mit ihnen die Lage zu besprechen. Das Zentrum tritt am heutigen Sonntag um die Mittagsstunde zusammen, um seinerseits zu den brennenden Fragen Stellung zu nehmen. Von entscheidender Bedeutung ist natürlich die Tagung der Sozialdemokratie. Tritt sie von vornherein in eine scharfe Opposition, dann wäre das Schicksal eines Minderheitskabinetts der bürgerlichen Mitte besiegelt, sofern es vor den Reichstag träte. Allerdings scheint der Reichskanzler die Absicht zu haben, **den Reichstag in der nächsten Zeit gar nicht tagen zu lassen** und wie bisher, wenn auch nicht auf Grund des nunmehr erledigten Ermächtigungsgesetzes, so doch **auf Grund des Ausnahmeartikels 48 der Reichsverfassung eine Zeitlang zu regieren**, um wenigstens die dringendsten Aufgaben schnellstens zu erledigen. In Kreisen der Deutschen Volkspartei, deren Fraktion übrigens erst Anfang nächster Woche zusammentreten wird, ist das Bestreben unverkennbar, die Gelegenheit zu benutzen und durch Heranziehung der Deutschnationalen einen großen parlamentarischen Bürgerblock zu bilden. Wieweit Dr. Stresemann mit diesen Ideen sympathisiert, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen. Indessen wird bereits die Berufung der drei neuen Minister einen Anhalt dafür geben, wohin die Reise Dr. Stresemanns gehen soll.

Pressestimmen.

Der „Lokalanzeiger" meint: Es soll und braucht nicht geleugnet zu werden: das Scheitern dieser angeblich großen Koalition muß in weiten Kreisen des deutschen Volkes als eine Befreiung aus fast unerträglich gewordener Lage empfunden werden. Nicht als wenn grundsätzliche Einwendungen dagegen zu erheben wären, daß auch Dr. Stresemann die Sozialdemokratie vor den Reichswagen einzuspannen suchte in der Hoffnung, sie endlich aus ihrer rein negativen Einstellung gegenüber den gebieterischen Forderungen der Gegenwart herausmanövrieren zu können. Aber auf diesem Gebiete lagen, als Herr Stresemann die große Koalition aufbaute, schon so zahlreiche enttäuschende Erfahrungen vor, daß ein neues Experiment angesichts der drängenden Not der Stunde kaum noch zu verantworten war.

Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt: Welch ungeheuren Schaden die „Große Koalition" über das Deutsche Reich gebracht hat, ist von uns oft genug nachgewiesen worden; in diesem Augenblick darüber nur ein kurzes Wort: In der Außenpolitik bedeutete schon ihre Geburt für uns eine verlorene diplomatische Schlacht; unrühmliche Liquidation des Abwehrkampfes an Ruhr und Rhein war die natürliche Folge. Wirtschaftlich hat sie, dank dem sozialdemokratischen Finanzminister Dr. Hilferding, die letzte Katastrophe über das deutsche Geldwesen und damit namenloses Unglück für weiteste Volksschichten, insbesondere auch schwerste Gefährdung der Volksernährung gebracht. Zu einer wirklich nationalen Politik nach außen wie im Innern hat sie sich als völlig unfähig erwiesen.

Das „Berliner Tageblatt": Das taktisch ungeschickte Vorgehen der Sozialdemokratie hat all den hell-dunklen Elementen der Rechten und der Halbrechten nunmehr die schon so lange erwünschte Gelegenheit gegeben, die „Marxisten" aus der Koalition und damit aus der Regierung hinauszudrängen. Die Sozialdemokraten selbst sind es gewesen, die die Tür dazu geöffnet haben. Wohl war ihnen nicht, als sie draußen Gewehr bei Fuß standen, in der Opposition, die in Wirklichkeit keine war. Wohl war ihnen auch nicht, als sie dann, von Zeit zu Zeit, an verantwortlicher Stelle in der Regierung saßen. Mit anderen Worten: sie waren immer unwohl, waren unpäßlich, waren verstimmt. Seit sie die Unabhängigen und die ihnen affilierten Neukommunisten in ihren Reihen aufgenommen haben, ist von einer homogenen Politik nicht mehr die Rede. Der eine Flügel zerrt hierhin, der andere dahin, und wenn die Linke der Partei, wie jetzt, auch noch die Massen mobil macht, gibt die Rechte glatt nach. Und nun? Die Sozialdemokratie hat sich zwischen zwei Stühle gesetzt. Was wird sie tun? Wird sie, da zwei Seelen in ihrer Brust wohnen, ein Minderheitskabinett der bürgerlichen Mitte durch eine wohlwollende Opposition zwar nicht unterstützen, aber doch wenigstens stützen, wie das den Kabinetten Fehrenbach und Cuno gegenüber der Fall war? Oder wird sie sogleich zum Sturm blasen und Dr. Stresemann dazu zwingen, sich parlamentarische Hilfsvölker auf der Rechten zu suchen? Die Demokraten würden diese Verschiebung nach rechts unter keinen Umständen mitmachen.

Der „Vorwärts" schreibt: Das Ausscheiden der „Marxisten" aus der Reichsregierung ist ein Sieg Kahrs über das Reich. Dieser Sieg ist Herrn v. Kahr durch die sozialdemokratische Fraktion nicht leichter gemacht, er ist aber trotzdem herbeigeführt worden durch die bewußten und unbewußten Bundesgenossen der bayerischen Reaktion in Berlin. Durch das Zielbewußtsein der einen und die Ziellosigkeit der anderen. Nun will Herr Stresemann sein drittes Kabinett bilden, ein Kabinett ohne Sozialdemokraten. Es heißt, daß er die Verbreiterung der Koalition nach rechts hin ablehnt, auf der anderen Seite hat er aber auch auf die Unterstützung der Sozialdemokratie nicht mehr zu rechnen. Das Kabinett der „breitesten parlamentarischen Grundlage" endet nach zwei Zusammenbrüchen und zwei Umformungen binnen drei Monaten als das Kabinett der schmalsten Basis, das nur deshalb bleibt oder zu bleiben versucht, weil man nicht weiß, was an dessen Stelle gesetzt werden soll.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" schreiben: Wir hoffen, daß man in Berlin bei den Entscheidungen, die nun zu treffen sind, über den Innenhorizont der Parteiwirtschaft hinauskommt. Die Säuberung hat begonnen, sie muß fortgesetzt und beendet werden. Wollen wir den Wiederaufstieg aus der marxistischen Verwüstung im Innern, dann: Bruch mit dem Marxismus! Wollen wir den Wiederaufstieg als freie Nation, dann: Lossagung von dem auf Schuldlüge aufgebauten Versailler Unfriedensvertrag.

Für eine „Rheinische Republik" als deutschen Bundesstaat.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom Sonntag spricht sich „Odysseus" im Leitartikel über „Auswärtige Politik" offen für die Begründung einer „Rheinischen Republik" als deutschen Bundesstaat im Rahmen des Reiches aus:

„Es ist klar", sagt der Verfasser, „daß der englische Protest gegen den Separatismus in Paris genau so respektvoll behandelt werden wird, wie die übrigen Proteste der englischen Weltherrin. Hier gilt es für Deutschland, nicht in den Fehler des „passiven Widerstandes" zu verfallen und durch einen nur stillen Protest die Politik Frankreichs zu fördern. Deutschland wird sonst den Kampf gegen das bewaffnete Separatistentum genau so verlieren, wie es den Kampf gegen die bewaffneten Horden Degouttes verloren hat. Es kommt darauf an: wenn schon die Gründung einer Rheinischen Republik nicht verhindert werden kann, daß diese Republik von den anständigen reichstreuen Elementen des Rheinlandes als ein großer Staat gegründet wird, aber nicht von dem Mob der Straße und dem landfremden Gesindel, das im Dienste des französischen Geldes und im Schutze der französischen Maschinengewehre steht und dessen Auftrag es ist, das Land in politischen Parzellen zu zerschlagen, die, klein und karikaturhaft, jedem französischen Wink zu Gebote stehen würden. Das Reich hat durch die Einstellung des passiven Widerstandes offen erklärt, daß es nicht mehr in der Lage sei, die dem Massenhunger verfallenen Provinzen an Ruhr und Rhein zu schützen. Es kann nur nützlich sein, wenn nicht bloß die moralische Verantwortung, sondern auch die materielle Last der grauenhaften Zustände im Industriegebiet öffentlich Frankreich zugeschoben wird. Kann die Regierung nicht mehr finanziell den deutschen Stammesbrüdern im Westen zur Hilfe kommen, so hat sie jetzt die Möglichkeit, durch verständnisvolle Beeinflussung der Frage „Rheinische Republik", den besetzten Gebieten wenigstens ein politisches Chaos zu ersparen. Aber Initiative muß da sein. Bloße Passivität schafft dem heutigen Separatistengesindel nach wenigen Monaten einen sicheren Sieg."

Die Befreiung Aachens.

Ueber die endgültige Vertreibung der Sonderbündler aus Aachen wird noch folgendes gemeldet:

Die Separatistenbanden haben am 2. November, nachmittag zwischen 2 und 4 Uhr Aachen verlassen. Von der belgischen Besatzung war ihnen nach dringenden Vorstellungen des englischen Vizekonsuls ein Ultimatum gestellt worden, bis spätestens heute nachmittag 4 Uhr Regierungsgebäude und Rathaus zu räumen, sich entwaffnen zu lassen und Aachen zu verlassen. Unter dem Schutze der belgischen Gendarmerie und begleitet von deutscher Schutzpolizei marschierten die Sonderbündlerhaufen zum Bahnhof. Gleichwohl fielen die erbitterten Einwohner über sie her und schlugen eine Anzahl von ihnen halb tot. Verschiedene Personen aus der Bevölkerung erlitten hierbei durch Schüsse der Separatisten Verletzungen. Zwölf Personen wurden verwundet in die Krankenhäuser eingeliefert.

Die Franzosen sind unangenehm überrascht.

Die Düsseldorfer Korrespondenten der französischen Blätter erklären, in französischen Kreisen habe die Haltung Belgiens in Aachen außerordentlich überrascht. Gerade Belgien habe bisher Deckers unterstützt und Matthes abgelehnt. Es verlaute, daß Deckers geflüchtet sei. Anläßlich der Meldung, daß die Separatisten von den Belgiern vertrieben wurden, weist man darauf hin, daß die belgischen Behörden in Aachen die Interalliierte Rheinlandkommission nicht gefragt und diese Aktion ohne die Zustimmung der Kommission unternommen haben.

Die Separatisten in der Pfalz.

In Kaiserslautern i. d. Rheinpfalz machten die Separatisten einen Angriff auf das Rathaus, das ihnen nach mehrstündigem Kampfe zu besetzen gelang. Ferner besetzten sie das Postamt und die Redaktion der Zeitung des Ortes.

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(37. Fortsetzung.)

„Wird das Haus Silvester Bruhns zusammenbrechen. Ehrlich und makellos, wie es durch acht Jahrhunderte gestanden, und die Kaufmannschaft von Bremen wird sich zu schämen haben bis in das innerste Herz, daß sie es einem wehrlosen Mädchen unmöglich machte, zu erfüllen, was es sonst gekonnt hätte. Und nun Herr Senator, ich bedauere, ich habe zu tun, und ein weiteres Gespräch wäre nur zwecklos. Sie werden schon Ihre Ungeduld noch wenige Tage bezähmen müssen."

Störtebecker nahm seinen Hut.

„Johanna, das ist Ihr letztes Wort?"

„Mein letztes."

„Sie werden es bereuen."

„Nein! Und wenn ich betteln müßte oder arbeiten als Dienstmagd! Tausendmal nein!"

„Dann also —"

Senator Störtebecker ging schnell aus dem Hause, aber er ging nicht dem Markt und der Börse zu, wo ihn seine Freunde erwarteten, sondern über die Brücke und durch einsame Straßen. Er war im tiefsten erregt.

„Wer solch einen Sohn hätte! Eine echte Bruhns! Und — hol mich der Teufel, eigentlich hat sie Recht! Wenn ich könnte — Teufel, Teufel, ich wünschte, ich wäre an diesem Vormittag nicht bei ihr gewesen. Wie einen Schulbuben hat sie mich heruntergeputzt, und ich hatte kein Wort der Erwiderung! Eine echte Silvester Bruhns!" —

Inzwischen hatte Johanna Swendholm gerufen.

„Sagen Sie mir klar, alter Freund, wie es steht."

„Die zwölf Millionen müssen wir zahlen."

„Gut, noch haben wir keinen Grund, überzeugt zu sein, daß sie nicht kommen. Heute erst trifft die ‚Punta Arenas' in Buenos Aires ein. Das müssen wir abwarten. Wie ist es sonst?"

„Fräulein Johanna, sollte der Himmel es fügen, daß wir den Ersten überstehen, sind wir gerettet. Täglich mehren sich die Briefe mit neuen Bestellungen. Die Welt lebt schnell. Was in Bremen noch fortlebt, ist dort draußen vergessen. Ein Gerichtsverfahren ist nicht eröffnet und kann auch nicht eröffnet werden, so lange Ihr Herr Vater nicht gefunden ist. Man hält ihn für tot, aber man fängt an zu fühlen, daß die Firma lebt, und man erinnert sich daran, wie viel reeller es sich mit Silvester Bruhns arbeitete als mit Wislizenus, Störtebecker und anderen. Man wird langsam zu uns zurückkommen, und wenn es uns gelingt, durch die Zahlung zu verhindern, daß das am Ersten eintreffende Schiff mit seiner kostbaren Ladung in den Besitz des Herrn Wislizenus kommt, wenn unsere Speicher sich wieder füllen, dann geht es auch weiter."

Er sah mit feuchtem Blick zum Fenster und sagte leise: „Dann wollen wir vertrauen, daß Silvio uns hilft. Er wird tun, was er kann!"

„Das wird er gewiß!"

*

Der Amtsrichter Sendlin saß in seinem Zimmer, als Kriminalkommissar Wendter erregt eintrat.

„Nun, Herr Kommissar?"

„Etwas ganz Bedeutendes!"

„Im Falle Bruhns?"

„Jawohl! Wenn auch der Berliner allwissende Herr behauptet, daß die Leiche nicht die Dieter Bruhns war!"

„Das Gutachten des Anatomen Professor Eirich in Greifswald hat Schlüters Behauptung bestätigt."

„Jedenfalls ein neuer und unglaublicher Beweis der Schuld Silvester Bruhns und — der Mitschuld wahrscheinlich seiner Tochter —"

Der Richter fuhr auf.

„Reden Sie!"

„Sie wissen vielleicht, daß man augenblicklich mit Baggerarbeiten an dem Wassergraben beschäftigt ist, der sich hinter dem Hause der Firma hinzieht."

„Ich glaube davon gehört zu haben."

„Heute früh kam der Aufseher dieser Arbeiten zu mir. Sehen Sie, was sich dort und zwar unmittelbar unter dem Schacht, der die Bruhnsschen Abwässer hinunterspült, gefunden hat!"

„Eine Uhr und ein Schlüssel!"

„Eine goldene, sehr kostbare Uhr mit dem Monogramm D. B. Ich habe bereits Erkundigungen eingezogen. Es ist unzweifelhaft, daß diese Uhr Dieter Bruhns gehörte."

„Und der Schlüssel?"

„Der Schlüssel zum Geheimtresor im Schlafzimmer, den die Tochter damals verleugnete. Ich weiß es genau; denn ich machte damals einen Abdruck. Hier ist er."

„Wie lange können Uhr und Schlüssel dort gelegen haben?"

„Höchstens ein paar Wochen, sonst müßten beide in ganz anderem Zustande sein."

„Sie glauben also?"

„Daß Fräulein Bruhns, als sie von unserer Entdeckung erfuhr, sofort an den Tresor gegangen ist und sowohl das Kästchen mit der Uhr wie den Schlüssel in jenen Schacht versenkt hat."

„Dann hätte sie also gewußt?"

„Sehr wahrscheinlich!"

„Haben Sie Fräulein Bruhns schon vernommen?"

„Ich wollte Sie bitten, Herr Landgerichtsrat, mit mir zu kommen, und während Sie die Tochter vernehmen, mache ich oben nochmals Haussuchung."

„Wir werden trotzdem nicht weiter kommen, denn solange Bruhns als tot gelten muß, haben wir keine Möglichkeit die Anklage zu erheben und die Tochter —"

„Jedenfalls bekommen wir Klarheit!"

„Dann wollen wir augenblicklich hinübergehen!" —

(Fortsetzung folgt.)

Der Brotpreis in Berlin von 25 auf 140 Milliarden erhöht.

Die Goldanleihe in den Rachen der Spekulation gefallen. — Versagen der Reichsbank. — Revolutionsabsichten? — Bayerischer Aufmarsch an der Thüringer Grenze. — Der Kronprinz kommt nach Deutschland. Erhöhte kommunistische Tätigkeit.

Seit Montag morgen kostet ein Dreipfundbrot, das am Sonnabend noch für 25 Milliarden Mark zu haben war, 140 Milliarden. Diese ungeheuerliche Erhöhung fast auf das Sechsfache erregte ungeheure Entrüstung unter der ratlosen Bevölkerung. Im Ernährungsministerium fand eine Konferenz der beteiligten Faktoren statt, deren Ergebnis ein Protest gegen diese Erhöhung war. Dieser Protest ist jedoch wirkungslos und das Ernährungsministerium steht vor einem vollendeten Faktum.

Im Norden der Stadt kam es infolge des erhöhten Brotpreises mehrfach zu Unruhen.

Die Regierung sucht die Milch billiger zu machen.

Die Regierung hat den Ländern erhebliche Beträge für die Milchverbilligung zur Verfügung gestellt, sowie dem Zentralausschuß für Auslandshilfe Mittel überwiesen, die eine Fortführung und Verstärkung der mit Hilfe des Ausschusses durchgeführten Kinderspeisungen sichere.

Auch die Kohlen-, Eisen- und Baustoffpreise herabgesetzt.

Die deutsche Regierung hat Einfluß auf die Preispolitik genommen und die Preise für Kohle um 35 Prozent, für Baustoffe um 20 bis 30 Prozent, für Roheisen um rund 25 Prozent, für verschiedene Produkte der eisenverarbeitenden Industrie um 20 Prozent gesenkt. Die für die Eisenbahnverwaltung unumgängliche Erhöhungen der Frachttarife auf Goldbasis, wirkt zunächst den Preissenkungen in gewissem Grade entgegen. Die wirtschaftlichen Verbände sollen fortgesetzt überwacht werden und gegebenenfalls durchgreifend gegen die Auswüchse der Kartelle und Syndikate und ihre Zahlungsbedingungen vorgegangen werden.

Milliardenhühner und Billionengänse.

Am Berliner Lebensmittelmarkt kam die neue Valutakatastrophe am Sonnabend zu drastischem Ausdruck. Es herrschte ein vollkommenes Preischaos. In den Markthallen und auf den Märkten konnte man gleichartige und gleichwertige Waren zu außergewöhnlich verschiedenen Preisen kaufen. Bei Fleisch, Fetten und ähnlichen Waren spielten Preisunterschiede von 20 Milliarden überhaupt keine Rolle mehr. Am Fleischmarkt kostete Schweinefleisch ohne Knochen 80 bis 100 Milliarden, mit Knochen 80; Filet und Roastbeef nach Vereinbarung nicht unter 120; Kalbfleisch aller Arten 100 bis 120, Hammelfleisch 90 bis 110 Milliarden. Alle wirklich guten Fleischstücke wurden nur zu einem Sonderpreis abgegeben. Bei zwei, drei Pfund war „Handeln" mit und ohne Erfolg bis zu 50 Milliarden zu beobachten. Einen schwachen Ersatz für das teure Fleisch versuchten die Käufer am Geflügelmarkt zu gewinnen. Gänse und Hühner kosteten 75 Milliarden das Pfund, gute Gänse stellten sich alle über eine Billion. Zu diesen Preisen waren die Märkte aber in verhältnismäßig kurzer Zeit schon fast leer gekauft. Fische, namentlich Räucherfische, waren gegen den Vortag im Preise verdoppelt. Der Mittelpreis für die meist gekauften Frischfische, wie Flunder, Hering, Dorsch, Barsch, lag bei 20 Milliarden. Für diesen Markt lassen sich ebenso wie für den Gemüse- und Obstmarkt nur schwer Richtpreise angeben. Es gab Blumenkohl für 15 Milliarden, der von dem Händler wenige Schritte weiter nur mit 35 Milliarden abgegeben wurde; Grünkohl 2,5 Milliarden, Weißkohl 3, Rotkohl 5 Milliarden das Pfund. Fette waren nur knapp angeboten. Margarine, die noch am ehesten zu haben war, stand zwischen 60 bis 100 Milliarden.

Protest der Wirtschaft gegen den Goldanleiheskandal.

In führenden Wirtschaftskreisen der Reichshauptstadt macht sich starker Unwille gegen die Kurstreibereien und Spekulationen am Markt der Goldanleihe geltend. In den Sitzungen verschiedener Verbände, die zufällig in diesen Tagen in Berlin stattfanden, wurde diese Angelegenheit als aktuellstes Problem der Wirtschafts- und Währungspolitik eingehend besprochen. Wie der „Deutsche Handelsdienst" berichtet, sind in den nächsten Tagen energische Vorstellungen bei der Regierung seitens einer ganzen Reihe Industrieller und Arbeitgeber-Organisationen zu erwarten. Man verweist in diesen Kreisen besonders darauf, daß die ganze Goldanleihe, die bekanntlich auf 500 Millionen Goldmark begrenzt war, bereits der Spekulation in den Rachen geworfen worden ist, daß aber die gewerblichen Betriebe nicht in der Lage sind, sich die für Gehalts- und Lohnzahlungen so dringend benötigten Stücke zu beschaffen. Das Verhalten der Großbanken und die unbegreifliche Sorglosigkeit der Reichsbank in dieser Angelegenheit dürfte der Gegenstand einer besonders scharfen Kritik werden. Man rechnet damit, daß die Proteste der Wirtschaft auch in den Kreisen der Arbeitnehmer einen starken Widerhall finden werden, die ja tatsächlich durch die Goldanleihespekulanten um die ihnen zugesagten wertbeständigen Zahlungsmittel geprellt worden sind. Sollten in den nächsten Tagen infolge dieser Kurstreibereien erneute Störungen im Kleinhandel und in der Versorgung der Bevölkerung mit Brot und anderen wichtigen Lebensmitteln einsetzen, so trägt den größten Teil der Verantwortung hierfür die Reichsbank, die es nicht verstanden hat, das einzige vorläufig vorhandene wertbeständige Zahlungsmittel dorthin zu dirigieren, wo es gebraucht wurde.

Spekulation à la baisse der Mark in Berlin.

Angesichts der reißenden Markentwertung entsteht eine immer tiefere Beunruhigung in der deutschen Bevölkerung. Es werden Stimmen laut, die davon sprechen, daß irgend welche undurchsichtigen Kräfte hinter der Sache stehen, die ein Interesse haben, Verwirrung zu stiften. Vom finanzpolitischen Standpunkt aus werden verschiedene Betrachtungen angestellt. Man verweist auf den Rückstand in der Herstellung der Goldanleihestücke, wobei freilich nicht vergessen werden darf, daß die Goldanleihe ursprünglich gar nicht als Zahlungsmittel gedacht war, sondern dem Zwecke von Ersparnissen und Kapitalsbildungen dienen sollte. Deutlich sichtbar wird auch, daß die Goldanleihe wiederum ein Objekt der Börsenspekulation geworden ist, daß zahlreiche Börsenleute sich bei den Banken Goldanleihe gesichert haben, die sie später zu dem Kurse erwerben können, der am Tage des Ankaufs besteht. Die Kreise betreiben also mit vollem Bewußtsein eine Spekulation à la baisse der Mark, um mit entwertetem Gelde kaufen zu können. Eine derartige Spekulation sollte in einer so kritischen Zeit mit allen Mitteln verhindert werden.

In Berlin bankerottierte die Firma Hoffmann, Zeidler & Co., deren Passiva ungefähr 1 Million Goldmark betragen. Dies ist der zweite Fall von Einstellungen der Zahlungen durch eine Bank.

Billionenbanknoten.

Im Laufe der vergangenen Woche wurden in Deutschland Banknoten zu 500 Milliarden, 1, 5, 10 und 100 Billionen in den Verkehr gebracht.

Einführung einer „Girogoldmark" in Hamburg.

Von der Einrichtung der Giro-Goldmark, die von der Hamburger Bank neu geschaffen ist, ist bereits im Laufe der vergangenen Woche reger Gebrauch gemacht worden.

Revolution am 7. November?

Nach gewissen von Berlin ausgehenden Meldungen soll in Bayern, Mecklenburg, Ostpreußen und Deutsch-Oberschlesien von rechtsradikalen Kreisen aufs stärkste zu einer revolutionären Aktion gerüstet werden. Als Datum für den Ausbruch soll der 7. November festgesetzt sein.

Die Bayern an der Thüringer Grenze.

Die Wiener „Neue Freie Presse" meldet aus Berlin: An der Südgrenze Thüringens stehen zwei kriegsstarke Regimenter, die nicht „irregulär", sondern von der bayerischen Regierung einberufen sein sollen. Sie bestehen zum größten Teil aus Arbeitslosen, die Verpflegung, sowie einen Sold von 10 Milliarden täglich erhalten und voll bewaffnet sind. Die Lebensmittel werden aus den umliegenden Ortschaften requiriert. Das Geld für den Unterhalt dieser Truppen soll nach dem Wiener Blatt von deutschen Großindustriellen herrühren. Alle Straßen an der Nordgrenze Bayerns werden von diesen Truppen überwacht.

Kronprinz Friedrich Wilhelm kommt nach Deutschland.

Der ehemalige deutsche Kronprinz hat von der Reichsregierung die Erlaubnis erhalten, nach Deutschland zu reisen und sich auf seinem Gute Oels in Schlesien aufzuhalten. Das deutsche Generalkonsulat in Amsterdam ist angewiesen worden, ihm den Paß zur Überschreitung der Grenze auszuhändigen. Es wird behauptet, daß dem Gesuch des deutschen Kronprinzen innerhalb der Reichsregierung von keiner Seite, auch nicht von den sozialdemokratischen Reichsministern widersprochen worden ist. Wie der Korrespondent der „Danz. Fr. Pr." erfährt, steht die Rückreise jedoch noch nicht unmittelbar bevor, und damit entfällt von selbst die Mitteilung eines deutschnationalen Blattes, das bereits von der Anwesenheit des früheren Kronprinzen zu melden wußte. Soweit die Öffentlichkeit zu dieser Angelegenheit Stellung nimmt, betont sie die menschlichen Rücksichten, aus denen die Rückkehr des deutschen Kronprinzen erfolgt. Er hat Frau und Kinder lange nicht gesehen und auf der holländischen Insel Wieringen einen Aufenthalt gehabt, wie ihn kein anderes Mitglied der Dynastien hatte, die nach dem 9. November aus Deutschland geflohen sind. Politisch werden freilich allerlei Bedenken erhoben, da die Rückkehr in einem Augenblick erfolge, wo die Möglichkeit einer ausgesprochenen Rechtsregierung für Deutschland vorliegt.

Keine Rede von Lieferstreik der Landwirtschaft!

In ihren ultimativen Forderungen an Stresemann hatte die Sozialdemokratische Partei auch Beschwerde geführt über die Landwirtschaft und Maßnahmen gegen die angeblich „offen zutage liegende Sabotage des Landbundes und der Landwirte" verlangt. Auf diese Anschuldigungen nimmt der Ernährungsminister Graf Kanitz in einem Aufruf Bezug und wendet sich gegen die irrige Behauptung, daß die Landwirtschaft einen Lieferstreik durchführe.

„Aus persönlich genauer Kenntnis der Dinge", so erklärt Graf Kanitz, „ist es meine Pflicht, nur im Interesse der Wahrheit und ohne jede einseitige Parteilichkeit die Behauptung, eine landwirtschaftliche Berufsorganisation, ganz gleich welche, propagiere den Lieferstreik, und dieser werde von den Landwirten tatsächlich befolgt, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Solche Behauptungen sind nicht geeignet, das heute mehr denn je notwendige Verstehen zwischen Stadt und Land zu fördern, im Gegenteil: Die Kluft zwischen Stadt und Land wird noch mehr vertieft.

Der Landwirt will gern liefern, wenn nur ein einigermaßen normaler Zahlungsverkehr in Gang kommt. Trotz des bisherigen Fehlens ausreichend vorhandener wertbeständiger Zahlungsmittel wird immer noch geliefert, vor allem Kartoffeln und Getreide. Da jedoch des weiteren ein halbwegs wertbeständiger Giroverkehr seit einigen Wochen nicht mehr existiert, ist es trotz besten Willens sowohl für den Produzenten als auch für den Produktenhandel rein technisch sehr schwer, überhaupt Abschlüsse zu tätigen. Sobald wertbeständige Zahlungsmittel (Wertzeichen) in ausreichender Menge vorhanden sein werden, und soweit vor allem ein normaler Giroverkehr wieder in Gang kommt, dürften aller Voraussicht nach die Hemmungen auf dem Lebensmittelmarkt gehoben werden."

(Leider ist vorläufig wenig Aussicht, daß ausreichende wertbeständige Zahlungsmittel in die Hände der Landwirtschaft und des Lebensmittelhandels gelangen, da sich die Spekulation der Goldanleihestücke bemächtigt und den größten Teil von ihnen gehamstert hat. Ob es bei der Ausgabe der Rentenmark wieder so gehen wird?)

Geheime Tagung der kommunistischen Betriebsräte.

Am Mittwoch, dem 31. Oktober, abends, fand in Berlin wieder eine im geheimen tagende Versammlung der oppositionellen Betriebsräte statt, die von etwa 2000 Vertretern der Großbetriebe, städtischen Werke und eines Teils der Eisenbahnbetriebe besucht war. Das Thema des Abends lautete: „Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterschaft". Referent des Abends war ein bekanntes Mitglied der Kommunistischen Partei, der die Entwicklung der letzten Wochen schilderte und dabei scharfe Angriffe gegen die führenden Instanzen der SPD. (Sozialdemokratischen Partei Deutschlands) und den ADGB. (Allgemeiner Deutscher Gewerkschafts-Bund) richtete, denen er die alleinige Schuld an der jetzigen Lage der deutschen Arbeiterschaft zuschob. Eine Niederlage nach der anderen habe das deutsche Proletariat in der letzten Zeit hinnehmen müssen. Das neueste Verbrechen gegen die Arbeiterregierung Sachsens sei nur durch die Unterstützung der Berliner SPD.-Parteileitung und die offene und stillschweigende Duldung der Gewerkschaftsinstanzen möglich geworden. (Große Erregung, Zwischenruf: „Hängt sie auf!") Der Referent erklärte dann, daß über die Köpfe der Führer hinweg die Arbeiterschaft sich einigen und die Einheitsfront bilden müsse, um den Kampf aufzunehmen, der doch unvermeidlich sei und der deshalb schon jetzt organisiert werden müsse. Zu diesem Zwecke seien in allen Betrieben Aktionsausschüsse zu bilden, die als Organe für die Führung des Kampfes dienen sollten. An die Stelle der Gewerkschaftsinstanzen, die bisher vergeblich zur Aktion aufgefordert seien, sich aber ablehnend verhalten hätten, müßten jetzt die Betriebsräte als die wahren Führer treten. Der Kampf würde nicht lokal, wie jetzt in Sachsen, sondern einheitlich im ganzen Reich geführt werden, er ginge auch nicht um kleinliche Wirtschaftsforderungen, sondern um Erringung der politischen Macht. Die Aussprache gestaltete sich erregt. Für die Stimmung unter den Betriebsräten war es bezeichnend, daß mit Mühe und Not die Annahme eines Antrages verhindert werden konnte, der die Beitragssperre für die Gewerkschaften proklamieren sollte, weil sie die Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen träten.

Aus den Akten der Hamburger Kommunisten.

Die Sichtung des von der Polizei bei den Hamburger Kommunisten gefundenen Materials hat den ganzen Umfang der Vorbereitungen für den Hamburger Putsch aufgedeckt und außerdem erwiesen, daß die Gesamtaktion der Kommunisten noch keineswegs erledigt ist. Ein besonders wichtiges Dokument ist ein Rundschreiben des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte, das an alle Einzelbetriebsräte gerichtet ist. Aus dem Schreiben geht hervor, daß eine systematische Propaganda für den Generalstreik betrieben werden soll und daß die Proklamation des Generalstreiks gleichzeitig den Beginn des Generalaufstandes bedeuten soll. Die Propagandaaktion der Kommunisten wendet sich besonders gegen den Einfluß der sozialdemokratischen Führer, wobei es interessant ist, daß die Kommunisten nur noch einen Einfluß der linksstehenden sozialdemokratischen Führer feststellen. In der Tat ist der Einfluß der gemäßigten Sozialdemokratie durch die Erbitterung der Massen über die zunehmende wirtschaftliche Not immer mehr im Schwinden begriffen.

Massenverurteilungen evangelischer Geistlicher durch die Franzosen

Von dem französischen Polizeigericht Essen wurde Pfarrer Seiler, Leiter des Rheinischen Evangelischen Preßverbandes, eines völlig unpolitischen Unternehmens, unter der Anklage antifranzösischer Propaganda zu einem Jahr Gefängnis und einer Geldstrafe von 500 Goldmark verurteilt.

Die Pastoren Lindemann und Kayer, die versucht hatten, durch die Ruhr ins unbesetzte Gebiet zu gelangen, wurden vom Militärpolizeigericht Witten zu je drei Monaten Gefängnis und 500 Goldmark Geldstrafe verurteilt.

Pfarrer Hartz in Wirschweiler wurde verhaftet und in das Gefängnis nach Trier abgeführt, weil er vor acht Monaten (!) in einer Sitzung des Presbyteriums vor dem Ankauf von Holz gewarnt hatte, das von den Franzosen beschlagnahmt worden war.

Pfarrer Grützner aus Kirchberg wurde ausgewiesen, weil er antifranzösische Propaganda getrieben und für die Rhein- und Ruhrhilfe gesammelt haben soll.

Die Oberin des Magdalenenums „Bethesda" in Boppard mußte Boppard binnen einer Frist von 1½ Stunden verlassen; die Anstalt wurde geschlossen und für Zwecke der französischen Heeresverwaltung beschlagnahmt.

Beleidigung des Bischofs von Trier.

Der Bischof von Trier ist mit seinem Kraftwagen nach Prüm (in der Eifel) gefahren. Vor der Stadt wurde er von Separatisten angehalten. Sie haben den Bischof körperlich nach Waffen durchsucht und ausgeplündert. Der Bischof hat sich infolge von Gewalttätigkeiten zu Bett legen müssen. Der separatistische Bürgermeister von Prüm, Lecher, hat ihn zur Tür hinausgewiesen.

Volkszählung in Danzig.

Am 1. November fand im Freistaat Danzig eine Volkszählung statt. Die letzte planmäßige Zählung war die von 1910. Außerordentliche Zählungen fanden in den Jahren 1916, 1917 und 1919 statt mit dem Hauptzweck, die Versorgungsberechtigten für Lebensmittel festzustellen. Die Ergebnisse einer Volkszählung sind in verschiedener Hinsicht von Wichtigkeit. Unter anderem bietet sie eine Grundlage für die Bestimmung der Menge des auszugebenden Kleingeldes, was auch für Danzig angesichts der Einführung der Gulden und Pfennige von Wichtigkeit ist. In Deutschland war durch Reichsgesetz vom 1. Juni 1900 der Gesamtbetrag der 1, 2, 5 und 10 Pfg.-Stücke auf 2½ Mk. für den Kopf, der ½, 1, 2, 3 und 5 Mk.-Stücke auf insgesamt 15 Mk für den Kopf der Bevölkerung festgesetzt.

Aus den Baltenstaaten.

Litauen und Ostpreußen.

Zu der Nachricht über die Verbreitung von litauischen Flugblättern in Tilsit, die für eine Abtrennung Ostpreußens von Deutschland eintreten, bringt die Kownoer Zeitung „Echo" eine Erklärung von maßgebender Stelle, wonach jede Verantwortung der litauischen Regierung für jene Umtriebe zurückgewiesen und ausgesprochen wird, daß Litauen nicht daran denke, die Notlage Deutschlands auszunutzen.

Gründung eines Nationalparks in Lettland.

Dem lettländischen Landwirtschaftsministerium liegt ein Projekt zur Gründung eines Nationalparks vor. Dieser soll die Waldungen und Schlösser Treiden, Segewold und Kremon umfassen. Der ganze Bezirk gehört zu den schönsten Gegenden Livlands, die Ruinen der Schlösser stammen aus der Zeit des deutschen Ritterordens. Dieser Nationalpark soll Eigentum des Volkes sein.

Die lettländisch-estländisch-litauische Annäherung.

Der litauische Ministerpräsident Galvanauskas teilte Vertretern der Presse seine Eindrücke von seiner Reise nach Lettland und Estland mit. Nach der Lettl. Telegr.-Agentur bezeichnete Galvanauskas es als beachtenswerten Erfolg, daß es gelungen sei, eine grundsätzliche Einigung über die Einberufung einer Konferenz der Außenminister der drei baltischen Staaten herbeizuführen.

Der baltische Dreibund.

Das amtliche Blatt der litauischen Regierung „Lietuwa" betont, wie die Lettl. Telegr.-Agentur berichtet, in einem Leitartikel den aufrichtigen Wunsch Litauens, mit Lettland und Estland zusammen zu arbeiten. Eine Annäherung der drei Staaten wäre am besten auf wirtschaftlichem Gebiet zu erreichen, wodurch auch für eine umfassendere politische Verständigung eine sichere Grundlage geschaffen wäre.

Sowjetrußland.

Die Friedenspolitik der Sowjetregierung.

Die Russische Telegraphen-Agentur meldet: „Die Nachricht, daß eine angebliche Konzentration der Roten Armee an den Grenzen Polens und Estlands zur Unterstützung der deutschen Kommunisten im Falle einer Revolution vor sich gehe, ist unsinnig. Der Verzicht der SSSR auf bewaffnete Einmischung in innere deutsche Verhältnisse und die Beständigkeit der russischen Friedenspolitik gehen aus den jüngsten Erklärungen hervorragender Mitglieder der Sowjetregierung hervor."

Russische Getreideausfuhr.

Im August und September sind durch die russische Getreideexportgesellschaft „Exportchleb" 26 Millionen Pud Getreide ins Ausland verkauft worden.

Einstein kommt nach Petersburg.

Die sowjetrussische Presse berichtet, daß Professor Einstein in Petersburg erwartet wird, wo er vor einem Kreise wissenschaftlich gebildeter Arbeiter über die Relativitätstheorie sprechen soll.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

S. ANKER, DANZIG
kauft laufend
Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Erbsen, Peluschken und alle anderen **Saaten, Kartoffelmehl, Kartoffelflocken,** sowie **sämtliche Kartoffelfabrikate.**
Offerten erbeten.
Tel.-Adr.: **Kleieanker, Danzig.** Tel. 33, 385, 393.

Reparaturen
an
Elektromotoren Dynamomaschinen
führen aus
K. Gaertig i Sp., T. z o. p. Poznań,
Oddział Pracowni Elektromechanicznych,
Tel. 3584. **ul. Półwiejska 35.** Tel. 3584.

Dieselmotor
35/40 PS.,
System Lietzenmeter, München, Preßluftzündung, komplett, sehr gut erhalten, riß- u. bruchfrei, volle Garantie für tadellose Betriebsfähigkeit, **sofort ab Lager günstig zu verkaufen.** (9824
Kurt Knabe, Bydgoszcz, ul. Św. Trojcy 6b.

Karbid,
größere Granulation, in Trommeln à 100 kg
Karbolineum,
Oelware, beste Qualität, empfiehlt
F. G. Fraas Nachflg. W. Kaiser, Poznań, ul. Wielka 14. Telephon 3013. 1967.

Schmutz-Wolle
kaufe oder tausche
und zahle höchste Tagespreise
Größte Auswahl von
Strumpf- u. Sweaterwolle.
„TEKSTYL", Kantaka 6,
Ecke św. Marcin.
Achten Sie genau auf die Firma.

Kaufe laufend für
Wielkopolska Papiernia Tow. Akc.
jeden Posten
Altpapier
Abschnitte, Kontobücher, Kopierbücher, Zeitungen, Korbabfälle usw. **zu günstigen Preisen.** (666
Józef Kasprzak, Poznań,
Hurtownia Papieru,
ul. Rzeczypospolitej 3. Telephon 56-07.

Alt-Blei
von alten Bleiröhren (Weichblei), sowie alle leere Zinn- u. Bleituben
kauft jedes Quantum
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Ausschneiden! Ausschneiden!
Postbestellung.
An das Postamt
in
____
Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat November 1923
Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....



Import aus dem Orient.
Perser
Teppich-Ausstellung
im
Kino Apollo, Piekary 17.
Besichtigung ohne Kaufzwang. **Geöffnet von 9—6 Uhr.**
Museumsteppiche.

Protos


C 10/30
Fabrikat der **Siemens-Schuckertwerke** empfehlen die

Danziger Siemens-Gesellschaft G. m. b. H.,
Poznań, ul. Fredry 12. Telephon: 3142, 2318
und
Techn. Büro Stefan Jagodziński, Poznań,
ul. Dąbrowskiego 83.


Jetzt der vorteilhafteste Zeitpunkt zum Ankauf von Kunstdünger!
Wir liefern gegen bar oder im
Austausch gegen Kartoffeln u. Getreide
Thomasmehl, Superphosphat
in- u. ausländische Kalisalze 20-30-40% u. Kainit
Kalkstickstoff, schwefelsaures Ammoniak
Poznański Bank Ziemian Sp. Akc.
Oddział Rolniczo-Handlowy. Centrale: Poznań, Podgórna 10.
Telephon Nr. 1393, 1394, 3693, 3697.
Filiale: Bydgoszcz, Katowice, Leszno, Ostrów, Grudziądz.

Wir offerieren, so gut wie neu:
Konr. Cosack,
Lehrbuch des bürgerlichen Rechts,
I. Band, II. Teil, broschiert.
Angeboten sehen entgegen
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,

Wohnungen

Gut möbliertes Vorderzimmer
mit Telephonbenutzung, in Wilda tagsüber zu vermieten. Gefl. Anfragen u. **9883** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag,	6. 11., um 7½ Uhr: **„Troubadour"**, Oper von Verdi.
Mittwoch,	7. 11., um 7½ Uhr: **„Hoffmanns Erzählungen"**, Oper v. Offenbach.
Donnerstag,	8. 11., um 7½ Uhr: **„Cavalleria Rusticana"**, Oper v. Mascagni und **„Bajazzo"**, Oper von Leoncavallo.
Freitag,	9. 11., um 7½ Uhr: **„Die toten Augen"**, Oper von d'Albert.
Sonnabend,	10. 11., um 7½ Uhr: **„Cavalleria Rusticana"**, Oper v. Mascagni und **„Bajazzo"**, Oper von Leoncavallo.
Sonntag,	11. 11., nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: **Vorführung der „Tanzkunst."**
„	Abends 7½ Uhr: **„Carmen"**, Oper von Bizet.

W. STĘPKA, Dentist
Wielkie Garbary (fr. Gr. Gerberstr.) **18**
Sprechstunden 9½—12½ und 3—5½ Uhr.

Die 3 Musketiere
Fortsetzung:
III. Serie: „Intrige"
IV. Serie: „Das geheimnisvolle Brandmal."
TEATR PAŁACOWY
plac Wolności 6.
Die 3 Musketiere
Die 3 Musketiere
Die 3 Musketiere

Polnisches Lehrbuch
Wesoły Początek
von Hermann Seydell.
5. Auflage.
Preis 200 000 M., nach auswärts mit Portozuschlag und Verpackungsspesen.
Zu beziehen durch Buchhandlungen und vom Verlage: (9345
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Wir offerieren, antiquarisch gut erhalten:
Eisen im Hochbau. Ein Taschenbuch mit Zeichnungen, Tabellen und Angaben über die Verwendung von Eisen im Hochbau. 4. Aufl., geb.
Vonderlinn, Statik für Hoch- u. Tiefbautechniker, geb.
Vega, Logarithm.-Trigonom. Handbuch, geb.
Georges, Latein.-deutsches Handwörterbuch, geb.
Angeboten sehen entgegen
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. **Versandbuchhandlg. Poznań,**
Zwierzyniecka 6.

Sofort lieferbar!
Neu:
Brockhaus, Kleines Konversationslexikon, 4 Bde. gebunden. (Der letzte Band ist soeben erschienen).
Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes, 2 Bde., geb.
Angeboten sehen entgegen
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,
Abt. **Versandbuchhandlg. Poznań,** ulica Zwierzyniecka 6.

Sehr selten!
Wir empfehlen sofort lieferbar, antiquarisch gut erhalten:
Jos. Lukaszewicz,
Histor.-statist. Bild der Stadt Posen,
vom Jahre 968—1793.
Gebunden.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. **Versandbuchhandlg. Poznań,** Zwierzyniecka 6.

1 Gewehrschrank,
1 Bücherschrank,
1 Kleiderschrank,
1 Salonspiegel,
preisw. zu verk. Ang. u. **9891** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Für Architekten!
Höchst selten:
Lacroux,
La Brique ordinaire,
feinstes architektion. Prachtwerk 8 Bände, gebunden.
Groß Folio-Format, architektonisch farbige Kunsttafeln darstellend: Hotels, Privatbauten, Landhäuser, Villen 2c. Pariser Ausgabe (franz. Text).
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Abt: **Versandbuchhandlg. Poznań,** ul. Zwierzyniecka 6.

☐ 7. X., 7½, Arb. I, Aufn., Brdrm.

Aus Stadt und Land.

Posen, 6. November.

Mieterverbandstag.

Am Sonntag wurde im Etablissement von Kubicki ein Mieterverbandstag für das ehemalige preußische Teilgebiet abgehalten. Vertreter hatten entsandt die Ortsgruppen Neutomischel, Kolmar, Schrimm, Gnesen, Opalenitza, Stargard, Czarnikau, Grabsko, Dolzig, Koschmin, Bielin, Rawitsch, Bromberg, Glowno und Posen mit ihren vier Ortsgruppen. Außerdem waren vertreten das Starostwo Grodzkie, der Magistrat der Stadt Posen und das Kartell der Klassenverbände.

Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß der Verband 51 Zweigstellen in der Wojewodschaft Posen, 16 in der Wojewodschaft Pommerellen umfaßt. Erledigt wurden 999 Schriftstücke. Ferner fanden 16 Vorstandssitzungen und 29 Agitationsreisen statt. Erledigt wurden 330 Klagen vor dem Sąd Rozjemczy. Den Kassenbericht erstattete Kassenführer Ciosząński. Die Einnahmen betrugen 59 853 636 M., die Ausgaben 59 984 121 M. Einige Zweigstellen sind noch mit ihren Beiträgen im Betrage von 28 Millionen Mark im Rückstande. Delegierter Cichoński erstattete Bericht über den am 6. Juli abgehaltenen Allpolnischen Mieterverbandstag in Warschau. Delegierter Malach sprach über die Verhandlungen, die zwischen dem Mieterverbande und den Hausbesitzern, bzw. mit dem Oberbürgermeister Ratajski stattgefunden haben; sie sind ergebnislos verlaufen. Der Berichterstatter streifte ferner die Genossenschaftsfrage. Für 1 Quadratmeter Bauland habe die Stadt Posen 3 Złoty Polskie verlangt. Die Aussprache gestaltete sich recht lebhaft. Die Verhandlungen am Nachmittag betrafen den Ausbau der Organisation und die neue Mieterschutznovelle. Hier nimmt der Verband eine energische Abwehrstellung gegen die Hausbesitzerverbände ein. Dem Plan der Hausbesitzer wurde ein Gegenplan der Mieter entgegengestellt.

bw.

Ernte- und Saatenstandsbericht.

Die vergangene Woche können wir wohl als die letzte Erntewoche bezeichnen, denn wenn wirklich einer oder der andere mit seiner Zuckerrübenernte nicht ganz fertig geworden ist, so sind das Ausnahmefälle. Das Wetter war ja in der Woche für Erntearbeiten nicht ungünstig und störte so gut wie gar nicht die Rübenernte. Übrigens sah man stellenweise noch die letzten Lupinen einfahren. Die Tage sind nun aber schon recht kurz geworden, so daß am Nachmittag die Arbeitsstunden sehr zusammengeschrumpft waren; aus diesem Grunde hat sich die Rübenernte auch noch wesentlich ausgedehnt. Mit Rücksicht darauf, daß wir in der verflossenen Woche schon in den November hinein kamen, muß man das Wetter derselben wieder als milde bezeichnen, und es war auch weiterhin dem Wachstum der Saaten usw. günstig. Stellenweise wird über massenhaftes Auftreten von Mäusen auf den Feldern geklagt. Die Ablieferung der Zuckerrüben erfolgt in verstärktem Umfange; auch Kartoffeln werden jetzt mehr verladen, da die Preise für diese im Verhältnis zu den Getreidepreisen zurzeit hoch sind. Das Jahr ist in vielen Beziehungen merkwürdig gewesen, und ist es auch in der Beziehung, daß man jetzt noch prachtvolle blühende Rosen in den Gärten findet.

S.

Kartoffeln oder Fleisch?

Es wird in diesem Winter manchem Haushalt so ergehen, daß er vorzugsweise mit Kartoffelnahrung den Tagesbedarf wird bestreiten müssen. Für die uns allen drohende Einschränkung, die von Tag zu Tag fühlbarer wird, finden wir einen gewissen Trost darin, daß wir auch bei der vorzugsweisen Kartoffelnahrung dem Körper doch diejenigen Stoffe zuzuführen in der Lage sind, deren er bedarf. Der soeben verstorbene berühmte Hygieniker Professor Karl Flügge, Geh. Medizinalrat und Direktor des Hygienischen Instituts an der Berliner Universität, sagt in seinem Grundriß der Hygiene (9. Auflage 1921, Walter de Gruyter u. Co.) über die Kartoffel folgende bemerkenswerte Sätze:

„Auf Grund ihres geringen Eiweißgehalts sind die Kartoffeln vielfach angegriffen und als Nährmittel in Mißkredit gebracht, jedoch mit Unrecht. Man betonte eben früher zu sehr den Wert der Eiweißstoffe für die Ernährung, während Fett und Kohlehydrate gerade so gut notwendige Nährstoffe sind. Zur Lieferung von Kalorien sind die Kartoffeln vorzüglich geeignet; der Körper setzt sich sogar bei Kartoffelnahrung mit viel geringerer Eiweißzufuhr ins Gleichgewicht, als zum Beispiel bei Brotnahrung. Wollte man den Wert der Kartoffeln allein nach der Eiweißlieferung beurteilen, so wäre dies nichts anderes, als wenn man den Wert des Fleisches nach den in demselben vorhandenen Kohlehydraten beurteilen wollte. Die Abnutzung der Eiweißstoffe beziffert sich auf 70, die der Kohlehydrate auf 90 Prozent. Die Kartoffeln sind mit Recht ein so beliebtes Nahrungsmittel, weil sie sehr gute, selbst bei häufigerer Wiederholung keinen Widerwillen erregende Geschmacksreize bieten, vielfache Verwendungsarten gestatten und außerdem die Kohlehydrate für verhältnismäßig sehr billigen Preis liefern. Es ist daher durchaus rationell, wenn man den Nahrungsbedarf neben dem nötigen Eiweiß (namentlich neben einem gewissen Quantum animalischer Nahrung) wesentlich mit Kartoffeln deckt. Nur bei einem Fehlen sonstiger Eiweißzufuhr und ausschließlicher Kartoffelnahrung können Ernährungsstörungen auftreten. Beim Aufbewahren der Kartoffeln sind verschiedene Vorsichtsmaßregeln anzuwenden. Die rohe Kartoffel verliert beim Lagern etwa 10 Prozent an Gewicht teils durch Wasserverdunstung, teils durch Veratmung von Kohlehydraten; am geringsten ist dieser „Schwund“ in dunkeln, kühlen Räumen (Mieten). Unter Null Grad sistiert die Atmung, der Zuckergehalt wird gesteigert, und es tritt leichter Fäulnis ein. Bei größerer Wärme wird die Keimung befördert, und in den gekeimten Kartoffeln findet sich das giftige Solanin; dieses entsteht nach neueren Untersuchungen durch bestimmte Bakterien, die in den grauen und schwärzlichen Stellen gekeimter und verdorbener Kartoffeln sich reichlich vorfindet. Diese Verluste an den geernteten Kartoffeln werden vermieden durch das Trocknen in den Kartoffeltrocknereien. Hier erfolgt zunächst ein Kochen in überhitztem Dampf, dann ein Pressen zwischen mehreren eisernen Walzen zu papierdünner Schicht. Durch Abstreifen wird die verkleisterte Masse in Flockenform entfernt dann vermahlen und nach Möglichkeit von den Schalen befreit (Kartoffelwalzmehl).

✕ **Eine Stadtverordnetensitzung findet morgen, Mittwoch, zu gewohnter Stunde statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderm:**

Erhöhung der Arbeiterlöhne; Beschließung eines Kommunalgesetzes über die Erhebung einer Steuer für Wohnungen und Gewerbslokale; die Angelegenheit der Erlaubniserteilung für den Verkauf von Tabakserzeugnissen an Feiertagen in den Kiosken durch Invaliden; Bestätigung der Kontrakte mit den Schauspielern der Stadttheater und Verstärkung verschiedener Titel.

Amtsniederlegung. Der Vorsitzende des Liquidationsamtes in Posen, Jan Graf Żółtowski, hat, wie der „Dziennik“ berichtet, sein Amt niedergelegt. Sein Entschluß ist unabänderlich.

Spende. Die Firma H. Moses, ul. Nowa (fr. Neue Straße) hat für die Stadtarmen 2 Millionen Mark gespendet.

✕ **Preiserhöhung aller Zeitungen Posens.** Związek Zakładów Graficznych i Wydawniczych in Posen (Verband der Graphischen und Verlagsanstalten) gibt folgendes bekannt: „Was wir voraussahen, ist in Erfüllung gegangen: Die Papierfabriken haben den Preis am 30. Oktober wieder erhöht. Ein Waggon Papier (10 000 Kilo) kostet heute 1 040 000 000 Mark ab Fabrik, gegenüber 215 Millionen am 1. Oktober. Die Löhne im Buchdruckergewerbe stiegen seit Anfang Oktober d. Js. um 240 Prozent. Diesen kolossalen Erhöhungen gegenüber haben die Zeitungsverleger beschlossen, den Bezugspreis ab 1. Dezember um 350 Prozent zu erhöhen. Wir bitten, für die überaus schwierige Lage der Verleger volles Verständnis zu haben.“

Aufhebung der Sichtvermerkspflicht zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich. Vom 1. November 1923 beginnend ist zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei die Sichtvermerkspflicht der Pässe aufgehoben worden. Infolgedessen genügt ab 1. November 1923 zum Ueberschreiten der tschechoslowakischen Grenze durch französische Staatsbürger aus Kontinental-Frankreich und Algerien ein gültiger französischer Auslandspaß und zum Ueberschreiten der Grenze des Kontinental-Frankreichs und Algeriens durch tschechoslowakische Staatsbürger ein gültiger tschechoslowakischer Auslandspaß, ohne irgend einen Sichtvermerk. Durch das Aufheben der Sichtvermerkspflicht werden die Vorschriften bezüglich des Aufenthaltes fremder Staatsbürger auf beiden Staatsterritorien nicht berührt.

Die Einziehung der Zeitungsbezugsgelder. Die Post- und Telegraphendirektion bittet uns mitzuteilen, daß die Einziehung von Abonnementsgeldern für Zeitschriften, die auf der Post bestellt werden, künftig vorübergehend vom 21.—25. jeden Monats durch Ortsbriefträger und Briefträger des auswärtigen Dienstes erfolgen wird.

✕ **Eine schöne Spende für die Altershilfe** wurde uns heut von einem Mitgliede des Rudervereins „Germania“ überreicht, die in Höhe von 6 800 000 M. gelegentlich eines am vorigen Sonnabend veranstalteten Vereinsfestes gesammelt worden ist. Hoffentlich findet dieses vorbildliche Vorgehen des Vereins recht viele Nachahmer; denn die Not unserer Alten ist unaussprechlich groß, und sie wächst mit der zunehmenden kalten Witterung.

Die polizeiliche Meldepflicht in Posen. Das Starostwo Grodzkie bittet uns, bekannt zu geben, daß eine sehr große Anzahl von Personen, die in Posen wohnhaft sind, polizeilich nicht gemeldet ist. Das Starostwo setzt den noch nicht Gemeldeten eine Anmeldefrist bis zum 1. Dezember d. Js. Bis dahin kann im zuständigen Kommissariat die Anmeldung vollzogen werden, ohne daß man sich dabei einer Strafe für die bisherige Nichtanmeldung aussetzt. Nach dem 1. Dezember wird von nicht angemeldeten Personen eine Geldstrafe von 300 000 M. erhoben. Die Polizeikommissariate erhalten Auftrag, eine strenge Wohnungskontrolle durchzuführen. Nicht angemeldete Personen werden zur Verantwortung gezogen. Der Bestrafung unterliegen auch solche Personen, die polizeilich nicht gemeldete Personen in ihrer Wohnung beherbergen, sowie Personen, die verpflichtet sind, sich oder andere im Falle des Fortzugs abzumelden.

Ein Volksunterhaltungsabend. Unten und oben bis auf den letzten Platz gefüllt war am Sonntag nachmittag der große Saal des Evangelischen Vereinshauses, als kurz nach halb fünf Uhr ein kleiner, aber gut disziplinierter Chor ein altes Volkslied mit Lautenbegleitung als Auftakt der Volksunterhaltung erklingen ließ, zu dem die Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung eingeladen hatte. Ein Vortrag, der — dem Zweck der Veranstaltung entsprechend — lehrreich und unterhaltend zugleich war, gab einen Überblick über die einzelnen Arten des Volksliedes, und gut gewählte Beispiele, die von dem schon genannten Lautenchor und mehreren sachkundigen Solisten gesungen wurden, ergänzten und belegten in glücklicher Weise die theoretischen Ausführungen. Ein als Schattenspiel aufgeführtes Märchen — Andersens lustiger „Prinz Schweinehirt“ — bildete das zweite Hauptstück der Veranstaltung und wurde mit verdientem Beifall aufgenommen. Mit dem vom Lautenchor gesungenen alten Nachtwächterruf: „Hört, Ihr Herren, und laßt Euch sagen“ endete die sehr gelungene Veranstaltung, die hoffentlich nicht die einzige ihrer Art sein wird. Wenn die in Aussicht gestellten weiteren Volksunterhaltungen der Interessengemeinschaft ebenso sorgfältig vorbereitet und mit ebenso viel Geschick, Geschmack und Humor durchgeführt sein werden, dann können die Veranstalter der Empfangsfreudigkeit und des Dankes der Zuhörer gewiß sein.

✕ **Selbstmord durch Erschießen** verübte gestern mittag an der Ecke der ul. Wrocławska (fr. Breslauer Straße) und ul. Szkolna (fr. Schulstraße) ein nur dem Namen nach bekannter Mann Viktor Bachowski, dessen sonstige Personalien unbekannt sind. Die Leiche wurde in die Leichenhalle des Stadtkrankenhauses geschafft.

✕ **Festnahme eines Diebes.** Wegen Diebstahls von Klosettbleiröhren in der Glogauer Straße wurde gestern ein Arbeiter Kasimir Kolniczny verhaftet.

✕ **Glücklich verlaufener Unfall.** Gestern nachmittag wurde die Feuerwehr zur Hilfeleistung nach dem städtischen, früher Carl Hartwigschen Grundstück in der Wasserstraße gerufen, weil zwei Pferde in ein Loch gefallen waren, in dem ein Arbeiter beschäftigt war. Der Arbeiter und die beiden Pferde wurden aus dem Loche herausgeholt; sie waren mit geringen Hautabschürfungen davongekommen.

✕ **Wagendiebstahl.** Von dem Grundstück Venetianerstraße 8 wurde gestern ein vierrädriger Handwagen im Werte von 4 Millionen Mark gestohlen.

✕ **Ein teures Nickerchen.** Ein Reisender, der am Freitag im Eisenbahnzuge von Ostrowo nach Posen fuhr und unterwegs eingeschlafen war, bemerkte bei der Ankunft in Posen, daß ihm seine Brieftasche mit 24 Dollars, und zwar 2 zu 10 und 2 zu 2 Dollars, sowie 6 Millionen Mark polnisch gestohlen oder sonstwie abhanden gekommen war.

✕ **Verfehlungen von Kraftwagenführern.** In der Zeit vom 22. Oktober bis einschl. 4. November wurden in Posen 134 Kraftwagenführer zur Bestrafung aufgeschrieben, und zwar 22 wegen Verstänkerns der Straßen, 28 wegen Nichtbeleuchtung der hinteren Nummer des Kraftwagens, 9 wegen Fahrens ohne Licht, 2 wegen Fahrens auf der falschen Seite, 39 wegen zu schnellen Fahrens, 1 wegen Fahrens ohne Vordernummer, 8 wegen Fahrens mit nicht abgeblendeten Reflektoren, 13 wegen Öffnens der Ventile in den belebten Straßen, 5 wegen unvorschriftsmäßigen Signals, 1 wegen Stehenlassens des Kraftwagens ohne Aufsicht, obwohl die Maschinerie in Bewegung war, 3 wegen Fahrens ohne Diplom, 1 wegen Fahrens ohne Nummer, 1 wegen Fahrens ohne Chauffeurpapiere, 1 wegen ungenügender Beleuchtung der hinteren Nummer.

✕ **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 11 Dirnen, 4 Betrunkene, 3 Frauenspersonen wegen Verdachts der Unzucht, 2 Obdachlose, 4 Personen wegen Diebstahlsverdachts.

---

* **Briesen,** 2. November. Infolge der schon seit Tagen eingetretenen Nichtlieferung des Stromes durch das städtische Elektrizitätswerk und infolge Mangels an anderen Beleuchtungsmitteln ist das Postamt gezwungen, die Schalter für das Publikum schon um 4 Uhr zu schließen. Zur Ausgleichung des Schalterdienstes werden die Schalter nachmittags um 1½ Uhr geöffnet.

□ **Neustadt bei Pinne,** 5. November. Zu dem Selbstmord des Miezislaus Kończak, über den wir berichteten, ist folgendes ergänzend zu berichten: Kończak hatte es verstanden, eine Bromberger Kohlenfirma um 105 Millionen zu beschwindeln, worauf er sich nach Neustadt zurückbegab. Als der Bromberger Kriminalpolizei Meldung von dem Schwindel erstattet wurde, stellte sie Ermittelungen an, worauf K. in Neustadt verhaftet werden sollte. Dazu kam es aber nicht mehr; denn bei seiner Festnahme zog K. plötzlich einen Revolver und erschoß sich.

* **Radziejow, Kujawien,** 5. November. Am 15. v. Mts. brannten dem Landwirt Kurtys in Bieganow zwei Getreideschober nieder, die ein vagabundierender Bettler angezündet hatte. — Am 21. v. Mts. brannte, wahrscheinlich auch infolge Brandstiftung, ein Schober Wicke auf dem Gute Szczeblotom nieder.

S. **Rogasen,** 5. November. Die bisher aus anderen größeren und kleineren Städten gemeldeten Gaspreise werden durch den hiesigen noch erheblich übertroffen, denn hier kostet 1 Kubikmeter Gas bereits 60000 Mark. Dabei sind die Preise für Lebensmittel usw. keineswegs hier billiger, als anderswo, man lebt also schließlich teurer als in der Großstadt, zumal man noch die öfters unvermeidlichen Reisen nach der Großstadt in Betracht ziehen muß.

Aus Ostdeutschland.

* **Militsch,** 4. November. In Gegenwart des Generals Ludendorf und von ungefähr 400 ehemaligen Alexander-Ulanen fand hier vor einigen Tagen die feierliche Enthüllung eines Denkmals für den im Weltkriege gefallenen bekannten Flieger-Hauptmann Freiherrn von Richthofen, ehemaligen Angehörigen des Alexander-Ulanen-Regiments Nr. 1, statt. Die Stadt war festlich geschmückt.

* **Schneidemühl,** 3. November. Eine für den Stadtkreis Schneidemühl erlassene Verordnung des Oberpräsidenten verbietet, die Preise für Lebensmittel jeglicher Art innerhalb eines Zeitraumes von 24 Stunden zu ändern.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Wie man Gas spart.

Mit großem Interesse lese ich die Berichte der Stadtverordnetensitzungen. Jeder Bericht berichtet über Erhöhungen des Preises für Gas, elektrischen Strom, Wasser, Löhne, Gehälter usw. Das geschieht jetzt im Monat vier mal. Öfter ist nicht möglich, weil nur so viel Sitzungen stattfinden. Angesichts dessen frage ich die maßgebenden Instanzen, warum heute, am 6. November, früh 6¾ Uhr, also bei Tageshelle, Posen illuminierte? Jedenfalls konnte ich feststellen, daß heute zur angegebenen Stunde noch sämtliche Straßenlaternen brannten auf dem Plac Wolnosci (fr. Wilhelmplatz), ul. 27. Grudnia (fr. Berlinerstr.), ul. Jasna (fr. Buddestr.), ul. Zwierzyniecka (fr. Tiergartenstr.), Wjazdowa (fr. Vor dem Berliner Tor).

Ein Steuerzahler.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

O. H. in P. 1. Über die Auszahlung der Lebensversicherungssumme ist uns keine Gerichtsentscheidung in dem von Ihnen angeregten Sinne bekannt. Wir sind aber der Ansicht, daß die Versicherungsgesellschaft je nach dem Grade ihres Anstandes eine Umwertung des Nominalwertes der Versicherungssumme ohne weiteres vornehmen wird. 2. Die Frage der Höhe der Hypothekenzinsen unterliegt gegenwärtig freier Vereinbarung. Die Hypothek selbst brauchen Sie nach den von uns mitgeteilten Gerichtsentscheidungen nicht nach dem Nominalwerte zurückzunehmen. Wenn wir vor einiger Zeit als Grundlage für die Umvalutierung das 300 bis 500fache angaben, so war das damals durchaus richtig. Heut allerdings hat sich das Bild infolge des weiteren Sinkens der polnischen Mark geändert. Eine Posener Hypothekenbank forderte dieser Tage das 1500fache, einen Satz, den wir für durchaus richtig halten.

R. H. Eine Trillion ist gleich einer Million Billionen und wird geschrieben mit 1 und achtzehn Nullen.

A. E. 100. 1. Diese Frage läßt sich weder bejahen noch verneinen. Ihr Sohn müßte einen Einbürgerungsantrag an die Wojewodschaft stellen; wir möchten aber vor allzu hoch gespannten Erwartungen warnen. 2. dem stände nichts im Wege. 3. Im allgemeinen auf nicht längere Zeit als vier Wochen. 4. Das kommt ganz auf den Wortlaut des Jagdvertrages, den wir nicht kennen, an. Im allgemeinen erscheint die Kündigung ausgeschlossen; dagegen ist eine Erhöhung der Jagdpacht nach den heutigen Zeitverhältnissen berechtigt. 5. Zur Beseitigung wilder Kaninchen auf Ihrem Grund und Boden brauchen Sie weder die Erlaubnis des Jagdpächters noch einen Jagdschein. Wenn Sie aber die Kaninchen abschießen wollen, müssen Sie einen Waffenschein haben.

Roter Damm 11. Klein. Bücher aus Deutschland sind nur noch gegen Vorauszahlung des Betrages durch die Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., Zwierzyniecka 6, zu beziehen. Die Schlüsselzahl für deutsche Bücher beträgt gegenwärtig 300 000; das heißt also den Verkaufspreis mit dieser Zahl multipliziert. — Das Werk: Toussaint-Langenscheidt „Englisch“ für den Selbstunterricht könnten Sie von genannter Firma für 2½ Millionen Mk. beziehen, unter Zuschlag für Porto und Verpackung unter Postnachnahme. Die beiden anderen angefragten Werke sind bereits verkauft.

F. F. Sie haben das Recht, die Wurzeln der Bäume aus dem Ihnen gehörenden Acker zu entfernen.

Spenden für die Altershilfe.

N. N.	100 000.— M.
Pauline L.	100 000.— „
K. Z.	1 000 000.— „
Sammlung bei der Vereinsfeier des Rudervereins „Germania“	6 800 000.— „
	8 000 000.— M.
Vortrag aus Nr. 250	4 316 000.— „
	12 316 000.— M.

Berichtigung: In Nr. 250 mußte es richtig heißen Kaffeegesellschaft W. O. (nicht Kassengesellschaft).

K. Z. schreibt uns zu seiner 19. Rate: Im „Posener Tageblatt“ vom 19. 7. 1923 las ich folgendes: Rawitsch, den 10. 7. 23. Ein armer 80 Jahre alter Greis von hier, der kürzlich zum ersten Male seine erhöhte Altersrente im Betrage von 80 000 M. erhielt, spendete davon voller Freude und Dankbarkeit aus eigenem Antrieb 1000 M. für die hiesigen Waisenkinder. Eine kleine Gabe, und doch fürwahr eine Tat, die vielen als Vorbild zur Nacheiferung dienen könnte! Wo sind die Neuen? —

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bzw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden erbittet und nimmt gern entgegen

Die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Handel und Wirtschaft.

Industrie.

⊙ **Die Żyrardów-Werke**, die bisher in staatlicher Regie waren, sind vom 2. November in den Besitz von Aktionären übergegangen, von denen ein französisches Konsortium ein Drittel der Aktien oder 12 000 Stück besitzt. Zwei Drittel befinden sich in den Händen polnischer, russischer und anderer Aktionäre. Der gegenwärtige Direktor ist zurückgetreten. Die Leitung der Werke übernimmt die französische Gruppe, obwohl sie nur 33 v. H. der Aktien im Besitz hat. Sie bildet jedoch eine geschlossene Einheit. Ende vorigen Monats fand eine Sitzung der Aktionäre statt, in der auch der neue Vorstand gewählt wurde.

⊙ **Die Zuckerproduktion** in Polen wird auf 360 000 Tonnen veranschlagt. Diese Ziffer würde einen Zuwachs von 31.8 v. H. im Vergleich zur letzten Kampagne bedeuten. Die Zuckerindustrie beabsichtigt, auf Grund einer Verständigung mit der Regierung, 120 000 Tonnen zu exportieren.

△ **Eine Bank zur Finanzierung der Industrie.** In der vergangenen Woche fand in Danzig eine Konferenz von Vertretern dreier Finanzgruppen, einer polnischen, einer deutschen und einer französischen, statt. Besprochen wurde die Eröffnung einer großen Bank in Kattowitz. Die Hauptaufgabe dieser Bank soll die Finanzierung der oberschlesischen Industrie sein.

Neue Ein- und Ausfuhrabgaben. Das Haupt-Ein- und Ausfuhramt hat die Ausfuhrabgaben für Zwiebeln, Sämereien, Mohn, Senf und Malz auf 30 Prozent des Ausfuhrgewinnes festgesetzt. Beim Malz macht dies 10 Dollar von einem Normalwaggon. Es wurde die Ausfuhr von 135 Waggons Malz gestattet.

Durchgehender Warenverkehr von Deutschland nach Rußland. Am 1. 12. soll der deutsch-litauisch-lettisch-russische Vertrag über den Güterverkehr in Kraft treten. Zwischen den einzelnen Eisenbahnverwaltungen ist es bereits zur völligen Einigung gekommen. Vom 1. Dezember ab wird die Umladung von Waren an der lettisch-russischen Grenze überflüssig, und es beginnt der direkte Warenverkehr zwischen Moskau und den ostpreußischen Eisenbahnstationen.

Von den Aktiengesellschaften.

H. Cegielski T. A. in Posen. Die Generalversammlung findet 19. November 1923, 11 Uhr vormittags, im Sitzungssaal der Bank Związku Spółek Zarobkowych, Posen, Plac Wolności 15, statt. Eine Kapitalerhöhung auf 6 Milliarden 300 Millionen durch Ausgabe von Aktien in Höhe von 1200 Millionen und 300 Millionen Mark Vorzugsaktien wird geplant.

„Tartak" S. A. in Wreschen. Die Generalversammlung hat beschlossen, das Aktienkapital um 480 Millionen auf 600 Millionen Mkp. nom. zu erhöhen, durch Ausgabe von Aktien III. Emission. Die Aktionäre erhalten auf jede 1000 Mark-Aktie 4 junge zum Kurse von 1000 Prozent und 2 Aktien zum Kurse von 3000 Prozent. Die neuen Aktien sind ab 1. 1. 1924 dividendenberechtigt. Das Bezugsrecht kann ausgeübt werden bei folgenden Banken: Związku Spółek Zarobkowych in Posen, P. K. O. in Wreschen, Bank Kupiecko-Przemysłowy in Wreschen, Bank Pożyczkowy in Wreschen und in der Kasse der Aktiengesellschaft in Wreschen und erlischt am 10. Nov. 1923.

Hurtownia Ziemi Kujawskiej T. A. in Inowrocław. Die Generalversammlung findet am Sonnabend, dem 24. November 1923 abends 7 Uhr im Saale des Park Miejski in Hohensalza statt. Kapitalerhöhung. (M. P. 249).

Drukarnia Katolicka T. A. in Posen. Die Generalversammlung findet am 22. November 1923, nachm. 5 Uhr in den Geschäftsräumen Aleje Marcinkowskiego 24 statt. (M. P. 250).

Cukrownia i Raffineria „Milejów" T. A. in Milejów b. Lublin. Die Generalversammlung findet am 9. November 1923 nachm. 4 Uhr im Sitzungssaal des Landw. Syndikats (Syndykat Rolniczy) in Lublin statt. (M. P. 250).

Bank Wschodni S. A. in Krakau. Die Generalversammlung findet am 24. November 1923 nachm. 6 Uhr im Sitzungssaal der Bank in Krakau-Przedmieście (Vorstadt) Nr. 42/44 statt. Kapitalerhöhung. (M. P. 250).

„Bieliźna" T. A. in Posen. Die Generalversammlung vom 7. September 1923 hat beschlossen, das Aktienkapital um 25 Millionen auf 40 Millionen Mkp. zu erhöhen. Ausgegeben werden 2 Millionen Vorzugsaktien Serie A und 23 Millionen Stammaktien Serie B. Die jungen Aktien sind ab 1. Januar 1924 dividendenberechtigt. Die Bank Przemysłowców hat die Emission übernommen und bietet sie den Aktionären zum Bezug an und zwar erhält jede alte Aktie zu 1000 Mk. nom. eine junge zu 1000 Mk. nom. zum Kurse von 22500 %. Das Bezugsrecht ist bei der Bank Przemysłowców auszuüben und erlischt am 25. November 1923.

Von den Märkten.

Edelmetalle. Warschau, 3. 11. 23. In freiem Verkehr für 1 g in Tausend Mkp.: Gold 1100—1125, Platin 6300—6400, Silberrubel 570—580, 1 g Feinsilber 36. Neuyork, 2. 11. 23. Diskont $4^3/_4$. Inl. Silber $99^5/_8$. Ausl. Silber 63.

Metalle. London, 2. 11. 23. Standardkupfer 60.11.3. Elektrolit 64.10, Standardzinn 208.7.6, Blei bar 29.10, Zink bar 33.5, Antimon engl. 38.55, Quecksilber $9^9/_{16}$ Neuyork, 2. 11. 23. Elektrolitkupfer 12.75, Zinn 41.87, Blei 6.75, Roheisen 22.25, Weißblech 5.50.

Produkten. Chicago, 2. 11. 23. (Dezembernotierungen) Weizen 107, Mais 73.62, Hafer 41.37 Roggen 69.62. Hamburg, 2. 11. 23. (In Goldanleihe.) Weizen 2.25—2.35, Roggen 2—2.10, Hafer 2.25—2.35. Wintergerste 2.35—2.40, Sommergerste 2.35—2.40.

Oele und Fette. Posen, 3. November. Preise in Gefäßen zu 100 Kilo loko Lager in Złoty Polskie = Schweizer Frank. Petroleum 32, Benzol 67, Gudron 17, Tovottefett 47, Paraffin 52/54—73, raff. Öl 608/20—24.40 10—12/20—32; 3—3.5/50—36; Benzin 0.610/20—85; 0.721/30—76, 0.731/10—71.30; 0.741/50—67.60.

⫩ **Posener Börse v. 6. 11. 1923.** (Vorbericht 12,30 mittags.) An der heutigen Börse hat sich das gesamte Interesse in der Hauptsache den Bankaktien zugewendet. Aus diesem Grunde fand bei einem Teil der besonders stark unterbewerteten Bankaktien eine sehr starke Kursaufbesserung statt. Das Interesse blieb bis zum Augenblick, da dieser Bericht geschrieben wird, für Bankaktien außerordentlich stark. Alle Bankaktien sind gesucht und befestigen den erreichten hohen Kurs. Bk. Kwilecki erreicht zu Beginn 80 000 Proz. und bessert in ganz kurzer Zeit bis auf 110 000 Proz. auf. Bk. Przemysłowców setzt mit 70 000 ein, gewinnt rasch 100 000 und bleibt dort bis zu diesem Augenblick fest. Bk. Zjednoczony notiert 12 000, Bk. Związku Spółek setzt mit 160 000 ein und erreicht schnell und mühelos 190 000. Bk. Handlowy kann von 60 000 auf 70 000 aufbessern. Am stärksten ist prozentual die Steigerung bei der sehr vernachlässigten Aktien-Bk. Ziemian, die noch gestern mit 16 500 notierte. Dieses Papier setzt heute mit 25 000 ein und erreicht spielend 40 000 Proz., um dort bisher fest zu bleiben. Die Industriewerte halten den erreichten Kurs fest und schwanken nur gering. Es nennt die Maklertafel folgende Orientierungskurse in Tausend-Proz.: Arcona 70, Barcikowski 27,5 Cegielski 50—52, Centrala Skór 85, Garb. Sawicki 35—45, C. Hartwig 17—18, Kantorowicz 85, Herzfeld 260—270, Pozn. Spółka Drzewna 65—63, Papiernia Bydgoszcz 22, Patria 21, Wisła 400, Tartak 10—9—7, Tri 35, Unja 370—390, Waggon 150. Wie der Schluß der Börse sich gestalten wird, war bis zu diesem Augenblick noch nicht festzustellen. Einzelne Korrekturen kann der offizielle Kurszettel wahrscheinlich noch melden.

⫩ **Berichtigung.** Im Posener Börsenvorbericht („Posener Tagebl." Nr. 252 vom 6. November) muß es heißen: (Zeile 12) Bank Ziemian 16 500, nicht 165 000, und (Zeile 13) Centrala Skór, nicht Hurt. Skór.

⫩ **Warschauer Börse vom 5. 11. 23.** Auf dem Devisenmarkt ist die Tendenz fest. Der Dollar notiert 1 770 000. das engl. Pfd. 7 800 000 der Schweizerfrank 311 000. der Goldfrank 338 000. Die Miljonówka erreicht den Kurs von 20 500. die Złotybons 232 500, die Goldanleihe 1500—1625. Auf dem Aktienmarkt macht sich weiter steigende Tendenz bemerkbar. Bankwerte notieren: Diskontowy 2930—3200, Zachodni 2600—3000, Zjedn. Ziem Polskich 400—450, Zw. Spółek Zarobk. 1000—1405 Handlowy 1300—1350. Kredytowy in Warschau 240—250, Małopolski 550, Spółdzielczy 600—640. Industriewerte: Sole Potasowe 2150—2200. Puls 165—170, Kiejewski 1150—1600, Spieß 515—530. Wildt 170—180. Chodorów 2100—2150, Częstocice 17 500—17 700, Tow. Fabr. Cukru 3900—3750, Gosławice 875, Kop. Węgla 3900 bis 4250 Cegielski 500—510, Modrzejów 4350—4400, Starachowice 1750—1900. Parowcz 180—215. Pocisk 390—370 Zieleniewski 7400 bis 7850. Żyrardów 230 000. Zawiercie 240 000. Polska Nafta 125 Ćmielów 4—440, Tkanina 32—33. Haberbusch 3—3100, Spiritus 870. Nobel 620—610, Unja 2900—3175, Kabel 315, Polski Lloyd 50—55, Marynin 8—825.

⫩ Die **P. K. K. P. zahlte am 3. 11. für Goldmünzen** (in Klammern Silbermünzen): Rubel 840 400 (558 800), Mark 389 100 (155 200), Krone 330 900 (129 600), lateinische Münzeinheit 315 200 (129 600). Dollar 1 634 000 (746 900). Pfund Sterling 7 950 900 (sh. 162 300) schwed. Krone 437 800 (186 200) holl. Gulden 656 800 (293 300) österr. Dukaten 3 737 500 (fl. 344 900) belgische und holländische Dukaten 3 728 800, türkische Pfund 7 166 600. 1 g Feingold 1 085 850 (31 040).

⫩ **Die polnische Mark am 3. November. Danzig:** 3.391—3.409 (Parität 398 000). Auszahlung Warschau 3.491—3.509 (Parität 286 000). **Prag.** Auszahlung Warschau 0.2550 (Parität: 39 250). Ofenpest. 1—1.50 (Parität: 80.00). **Neuyork.** Auszahlung Warschau 0.000 06 (Parität 1 675 000). **London.** Auszahlung Warschau 0.000 012 82 (Parität: 7 800 000). **Tschernowitz,** Auszahlung Warschau 1.25 (Parität: 80.00). **Bukarest,** Auszahlung Warschau 1.50 (Parität: 66.60).

⫩ **Züricher Börse vom 3. November.** (Amtliche Schlußkurse). Warschau —,—, Neuyork 5 6325, London 25,095, Paris 32,25, Wien 0,007 925, Prag 16.45, Mailand 24.95, Brüssel 27,75, Ofenpest 0,0305, Sofia 5,20, Amsterdam 217,75, Kristiania 84 10, Kopenhagen 96,90, Stockholm 148,10, Madrid 74,90, Bukarest 2,79, Berlin (für 1 Milliarde) —,—, Belgrad 6,575, Athen 8,65, Konstantinopel 3,25.

⫩ **Die Goldmark in Polen am 6. 11. 1923,** errechnet aus dem Warschauer Dollarkurs (1 Dollar = 4,20 Goldmark): 445 500.

⫩ **Die Goldmark in Polen** am 6. November errechnet aus der Danziger Dollarparität 1 882 000 M. (1 Dollar = 4.20 Goldmark) 437 000 M.

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	6. November	5. November
Bank Centralny I.—III. Em. . .	60 000	40 000
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	100 000—110 000	60 000—70 000
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	70 000—100 000	58 000—63 000
Bank Zjednoczenia I.—III. Em. . .	12 000—15 000	7000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	160 000-190 000	140 000- 150 000
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	60 000—80 000	40 000—45 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	25 000—45 000	15 000—20 000
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	7000	—,—
Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.) . . .	—,—	40 000
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em. (exkl. Kup.) .	70 000	70 000
R. Barcikowski I.—VI. Em. . . .	27 500	25 000—27 500
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. .	180 000	160 000- 170 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	51 000—47 000 —49 000	52 000—50 000
Centrala Rolników I.—VII. Em. .	6000-8500-7000	7000—6000
Centrala Skór I.—V. Em.	85 000	85 000
Garbarnia Sawicki. Opalenica I. Em.	40 000—45 000	30 000
Galwana Bydgoszcz I.—III. Em. .	20 000	—,—
Goplana I.—II. Em.	—,—	60 000
C. Hartwig I.—VI. Em.	17 000—18 500	16 000—16 500
Hartwig Kantorowicz I. Em. . . .	85 000	—,—
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	6000	5000
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em.	4000—4500	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . . .	260 000-270 000	250 000
Iskra I.—III. Em.	60 000—65 000	55 000
Juno I.—II. Em.	16 000	—,—
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)	3 500 000	2 800 000-3 000 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	2 000 000-1 900 000	1 800 000-1 950 000 —1 850 000
Młyn Poznański I.—III. Em. . .	27 500	—,—
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	65 000	60 000—62 500
Młynotwórnia I.—V. Em.	35 000	35 000—
Orient I.—II. Em.	—,—	15 000
Marinin Zakł. ogrodn. w Warszawie	24 000	—,—
S. Pendowski I.—III. Em.	21 000	—,—
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em. .	—,—	21 000—22 000
Patria I.—VIII. Em.	22 000	—,—
Płótno I.—II. Em.	—,—	55 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	65 000—63 000	65 000
Pneumatik I.—III. Em.	8000	7000—8000
Starogradzka Fabr. Mebli I.-II. Em. exkl. Kup.	30 000	25 000
Tartak we Wrześni I.—II. Em. . .	10 000—8000	13 000—10 000
Tri I.—III. Em.	40 000	—,—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em. ohne Kup.	370 000-390 000	300 000-365 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. . .	150 000	150 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em. . .	400 000	390 000-400 000
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	60 000	55 000

Tendenz: Für Bankaktien stark, im übrigen fest.

Warschauer Vorbörse vom 6. November.

Deutsche Mark —,—. Dollar 1 370 000. Englische Pfund 7 800 000. Schweizer Franken 311 000. Franz. Franken 105 000.

Warschauer Börse vom 5. November.

Devisen:

Belgien	86 750—86 000	Paris	101 850—101 500—101 325
Berlin und Danzig	—,—	Prag	51 185—49 600—51 150
London	7 755—7 875—7 800 000	Schweiz	315 000—311 000
Neuyork	1 750 000—1 740 000	Wien	28,25
Holland	—,—	Italien	78 100
Goldfrank	338 000	Złotybons	220—232½

Danziger Mittagskurse vom 6. November.

Polenmark in Danzig 6 000 000 000—7 000 000 000

Dollar in Danzig .... 1 Billion 100 Milliarden

Berliner Börsenbericht

vom 5. November.

Disk.-Kom.-Anl.	45 Billionen	Auszahlung Holland	—,—
Auszahlung Warschau	—,—	„ London	1 Bill. 900 Milliard.
Polnische Noten	245 000.—	„ Neuyork	420 Milliarden

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.